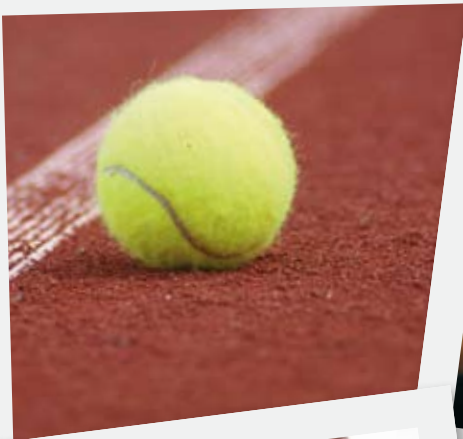




**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL**
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.



JAHRESBERICHT 2009

INHALTSVERZEICHNIS

VORSTANDSBERICHT ...	Seite 3
EINZELBERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN ...	Seite 7
EINZELBERICHTE DER REGIONALGRUPPEN ...	Seite 18
BERICHT DES BEIRATS ...	Seite 25
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ...	Seite 26
GESCHÄFTSSTELLE ...	Seite 28
MITGLIEDER UND FINANZEN ...	Seite 29
ZEITTAFEL ...	Seite 34
ANHANG ...	Seite 35
IMPRESSUM ...	Seite 38



„Im Kampf gegen Korruption ist schon viel erreicht – die besten Vorschriften nutzen aber nichts, wenn es an Zivilcourage fehlt und die Menschen wegschauen oder Intransparenz und unlautere Verhaltensweisen einfach hinnehmen. Wir müssen dazu beitragen, dass die Schweigespirale nicht mehr funktioniert.“

Sylvia Schenk, Vorsitzende

DAS WIRTSCHAFTSGESCHEHEN IM MITTELPUNKT

Der 13. März 2009 war ein großer Tag für alle, die sich in den letzten Jahren gegen die Beihilfe von Finanzzentren zu Steuerhinterziehung und – damit verbunden – zur reibungslosen Disposition von Bestechungsgeldern eingesetzt haben. Die Schweiz und Liechtenstein erklärten – nach jahrzehntelangem Widerstand – ihre Bereitschaft, in Zukunft bei Ermittlungsverfahren wegen einfacher Steuerhinterziehung zu kooperieren. Transparency hat sich national wie international seit Jahren dafür eingesetzt. Zugegebenermaßen hat vor allem der Druck der G20-Länder und ihrer Finanzminister – insbesondere auch von Peer Steinbrück – diese Entwicklung beschleunigt. Die Androhung, nicht kooperierende Länder auf eine schwarze Liste der OECD zu setzen, war wieder einmal ein Beweis dafür, dass öffentliches „Naming and Shaming“ sehr wohl ein wirksames Mittel globaler Politik sein kann. Wir werden im kommenden Jahr zu beobachten haben, ob den Worten der verpflichteten Länder auch Taten folgen.

KONJUNKTURPROGRAMME ALS RISIKO – INTEGRITÄTSPAKTE ALS CHANCE

Derzeit versucht die Bundesregierung wie in anderen Staaten auch über Konjunkturprogramme der Rezession gegenzusteuern. Abwrackprämie, erweiterte Möglichkeiten der Kurzarbeit und vor allem erleichterte Vergaberegulungen sollten schnell für Aufträge sorgen, erhöhten aber auch das Korruptionsrisiko. Eine in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag durchgeführte Umfrage von Transparency Deutschland zu den Vergaben der Kommunen bei Investitionen im Rahmen des Konjunkturpakets II zeigte im Dezember 2009 auf, dass die Kommunen das erhöhte Korruptionsrisiko erkannt und teils mit entsprechender Kontrolle, Einbeziehung auswärtiger Bewerber und weiteren Maßnahmen gegengesteuert haben. Zu fordern bleibt eine offizielle umfassende Auswertung nach Abschluss der Programme, um entsprechende Lehren für die Zukunft zu ziehen. Immerhin hatte eine Erhebung von Ernst & Young im Mai 2009 bereits eine höhere Korruptionsbereitschaft in der Wirtschaft angesichts der erheblichen Auftragsrückgänge, aber auch des Personalabbaus und dadurch veränderter Abläufe prognostiziert. Wachsamkeit und Bewusstseinsarbeit sind daher weiterhin in besonderem Maße geboten. Ein originäres Instrument von Transparency International zur Eindämmung von Korruptionsrisiken, insbesondere bei großen Baumaßnahmen, ist der Integritätspakt. Mit dem Klinikum Bremen-Mitte konnte nach dem seit 2005 laufenden Projekt Berliner Flughafen BBI in Schönefeld nun ein zweiter Integritätspakt in Deutschland auf den Weg gebracht werden. Die Regionalgruppe Bremen hat sich dabei stark engagiert und den Weg geebnet; sie darf sich zu Recht über die mit dem Projekt verbundene erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit freuen.

CSR ALS NEUER ARBEITSANSATZ

Eine besondere Rolle bei der Verbreitung des Präventionsgedankens zur Korruption könnte das noch von der letzten Bundesregierung ins Leben gerufene CSR-Forum spielen, das unter Mitwirkung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine nationale CSR-Strategie – einschließlich der Korruptionsbekämpfung – entwickeln soll. Transparency Deutschland ist in vier von sechs Arbeitsgruppen vertreten, davon in einer mit Leitungsfunktion, um so Einfluss auf die zu erarbeitenden Inhalte zu nehmen. Corporate Social Responsibility ist ein An-

satzpunkt, um Unternehmen zu gesetzestreuem und ethischem Verhalten – auch und gerade im unternehmerischen Kernbereich – anzuhalten. Dies geschieht mit den bisherigen Ansätzen der Arbeit von Transparency International zu verbinden, ist eine interessante Perspektive für die Zukunft. Auf internationaler Ebene wurde Ende des Jahres vom Sekretariat ein Working Paper entwickelt, das hierzu erste Schritte aufzeigt.

Im internationalen Raum ist in diesem Zusammenhang die Überarbeitung der OECD-Guidelines von Bedeutung, die für Transparency International ganz wesentlich von deutscher Seite mit begleitet wird.

Auch sonst hat der Bereich Wirtschaft im abgelaufenen Jahr erheblichen Anteil an den Aktivitäten von Transparency Deutschland gehabt. Zahlreiche Gespräche wurden geführt und Veranstaltungen (Vorträge, Podien) besetzt. Zur Frage von Schmiergeldern – „Facilitation Payments“ – hat der Vorstand im April ein Grundsatzpapier verabschiedet und dies unter anderem mit den korporativen Mitgliedern im Forum diskutiert. Es besteht Einigkeit, dass hier besondere Anstrengungen nötig sind; bei Dilemmasituationen muss den Verantwort-

lichen vor Ort aber auch Hilfestellung gegeben werden. Als Erfolg kann die Ergänzung von Paragraph 100, Absatz 2, des Aktiengesetzes gesehen werden. Seitdem gilt für den Wechsel von Vorstandsmitgliedern in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eine Karenzzeit von zwei Jahren.

DER SPORT GERÄT IN DEN BLICKPUNKT

Die „schönste Nebensache der Welt“ ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. Damit stiegen auch in diesem Bereich die Korruptionsrisiken, was sich im Jahr 2009 gleich zweimal in Skandalen mit hohem öffentlichen Aufmerksamkeitswert niederschlug. Im Frühjahr war es zunächst der europäische Handball, der mit dem angeblich vom THW Kiel gekauften Champions-League-Sieg 2007 und internationalen Schiedsrichtern mit 50.000 Euro Cash im Gepäck für Schlagzeilen sorgte. Im November schreckte dann ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bochum zu Spielmanipulationen im Fußball die Fans auf und führte unter anderem unter Beteiligung von Transparency International zu einer Anhörung im Sportausschuss des Deutschen Bundestages. Angesichts der gro-



Im März 2009 trafen sich beim Führungskreistreffen in Eisenach die Arbeits- und Regionalgruppenleitenden und der Vorstand.

Ben öffentlichen Aufmerksamkeit, die der Sport genießt, können diese Vorfälle den Antikorruptionskampf fördern oder behindern. Gewöhnt sich das Publikum an Manipulationen im Sport, ist auch Resignation nicht weit. Nimmt der Sport dagegen die ihm zugesprochene Vorbildfunktion endlich ernst, kann dies beispielgebend auch für andere gesellschaftliche Bereiche sein.

Transparency International hat unter deutscher Federführung gerade rechtzeitig vor dem Wettskandal im September ein Working Paper zum Sport herausgebracht, das jetzt Grundlage für Gespräche auch mit den Sportorganisationen sein soll.

Auf nationaler Ebene hat Transparency Deutschland erneut den Deutschen Olympischen Sportbund bei der Weiterentwicklung des Ethik-Codes beraten. Entscheidend wird es aber auch hier auf die Implementierung ankommen.

UN-KONVENTION GEGEN KORRUPTION – POLITIK WEITER GEFORDERT

Ein Trauerspiel für die deutsche Politik ist und bleibt die fehlende Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption und des Strafrechtsübereinkommens des Europarates. Seit 2003 hat es der Deutsche Bundestag nicht geschafft, den Paragraphen 108 e StGB zur Abgeordnetenbestechung den international geforderten Vorgaben anzupassen. Gleichzeitig versäumte der Deutsche Bundestag, das durch die Regierung vorgelegte Gesetzespaket zur Verschärfung zahlreicher Antikorruptionsregelungen, darunter der Ausweitung des Paragraphen 299 StGB zur Bestechung im geschäftlichen Verkehr, zu verabschieden, sodass es mit dem Ende der 16. Legislaturperiode verfiel. Die auf die Wahlprüfsteine von Transparency Deutschland eingegangenen Antworten zur Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung waren wenig ermutigend. So bleibt auch in der neuen Legislaturperiode dringender Handlungsbedarf bestehen, um endlich diese Peinlichkeit zu beenden, die bei der internationalen Mitgliederversammlung von Transparency International im Oktober in Berlin Inhalt einer Resolution war und zuletzt im Dezember von der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) in ihrem Evaluationsbericht „Criminalisation of Corruption“ moniert wurde. Schließlich steht Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Kampf gegen

Korruption auf dem Spiel. So begrüßenswert die Anstrengungen von Kanzlerin Angela Merkel gegen Korruption auf internationaler Ebene, z. B. im Rahmen der G8, auch sind – ohne Ratifizierung bleiben Zweifel an der Ernsthaftigkeit.

Davon abgesehen enthält die Koalitionsvereinbarung zwar vielfach das Wort Transparenz, zur Korruptionsbekämpfung fehlen, abgesehen vom Beschäftigtendatenschutz, aber konkrete Aussagen. Ohne Vorbildwirkung der Politik wird sich jedoch eine grundsätzliche Verhaltensänderung nicht bewirken lassen; auch die vom CSR-Forum vorzubereitende nationale CSR-Strategie verlangt eine klare Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes.

NEUE MITGLIEDER, GESUNDE FINANZEN

Bei Transparency Deutschland hält die positive Mitgliederentwicklung an. Zum 1. Januar 2010 waren 923 Einzelmitglieder und 43 korporative Mitglieder zu verzeichnen, wobei 2009 mit dem Innenministerium Schleswig-Holstein erstmals eine Landesbehörde aufgenommen werden konnte. Vielversprechende Aufnahmegespräche mit Kommunen kommen hinzu. Auch sonst zeigt der Trend nach oben – neben einem außerordentlichen Bußgeld in Höhe von 200.000 Euro aus der Schweiz sicherten weitere Bußgelder und Spenden nicht nur den laufenden Haushalt ab, sondern ermöglichen es auch, seit Jahren gehegte Vorstellungen einer Stiftungsgründung der Realisierung näher zu bringen.



Mitgliederversammlung im Saalbau Gutleut im Juli 2009 in Frankfurt

QUALITÄTSSICHERUNG ALS HERAUSFORDERUNG

Bei der Vielfalt an Themen und Handlungszusammenhängen stößt die ehrenamtliche Arbeit mit kleinem hauptamtlichem Apparat immer wieder an Grenzen, oft geht es auch darüber hinaus. Zeitliche und inhaltliche Anforderungen summieren sich in einem Maße, das den Führungskräften kaum Verschnaufpausen lässt. Auch die hohen Erwartungen in den eigenen Reihen an die Servicequalität von Geschäftsstelle und Vorstand steigern die individuelle Belastung. Es fragt sich, wie auf Dauer – bei weitergehender thematischer Ausdifferenzierung, internem Wachstum und erhöhter Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit – die hohe Qualität der Arbeit gewährleistet werden kann. Nur mit klarer formulierten Prioritäten und der nötigen inhaltlichen Disziplin kann die für den Erhalt der Reputation notwendige Kompetenz in Aussage und Form gewährleistet werden.

GELUNGENE VERANSTALTUNGEN

Das Führungskreistreffen im Frühjahr in Eisenach war wieder eine gelungene Mischung von strategischer Debatte, inhaltlicher Abstimmung und Koordination der Arbeit, Motivation sowie Förderung des internen Zusammenhalts. Hinzu kam das Angebot, im Rahmen einer Schulung Techniken zur effektiven Sitzungsleitung zu erlernen.

Bei der Mitgliederversammlung im Juni in Frankfurt am Main zeigte der Empfang der Stadt im Römer die gesellschaftliche Bedeutung des Anti-Korruptionskampfes, gerade für die Kommunen, auf. Anschließend beschäftigten sich die Mitglieder mit der Finanzkrise und verabschiedeten eine Geschäftsordnung, mit der der Grundstein für die weitere Professionalisierung der Arbeit gelegt wurde.

Bewährt hat sich die Regionalisierung der Einführungsseminare für (Neu-)Mitglieder und Interessierte. In Hannover, Berlin und Ulm fanden jeweils eintägige Veranstaltungen mit insgesamt fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Damit wird eindrucksvoll die gesteigerte Organisationskraft der Regionalgruppen unterstrichen, die sich zu einem wichtigen Pfeiler der Arbeit von Transparency Deutschland in der Breite entwickelt haben.

Dies zeigt sich auch in dem mit dem Klinikum Nord in Bremen abgeschlossenen Integritätspakt für das dortige Neubau- und Sanierungsvorhaben, das wesentlich von der Regionalgruppe initiiert wurde. Initiativen wie in Sachsen mit der Umfrage bei Kommunen, die erstmals die Anti-Korruptionsbeauftragten zusammenführte, und am Anti-Korruptionstag am 9. Dezember, bei dem erstmals dezentral Aktivitäten koordiniert wurden, zeigen die erweiterten regionalen Möglichkeiten auf.

Die Arbeitsgruppen treiben derweil kompetent die inhaltliche Arbeit voran – erfolgreiche Veranstaltungen wie seitens der AG Vergabe im Oktober zum Korruptionsregister oder die Sisyphusarbeit der AG Gesundheit im Kampf gegen fehlende Transparenz im Gesundheitswesen unterstreichen die Leistungsfähigkeit des Ehrenamts.

WEITERENTWICKLUNG DER PRESSEARBEIT

Ohne öffentliche Aufmerksamkeit kann der Kampf gegen Korruption nicht vorankommen. 2009 wurde nicht nur die Zahl der Presseerklärungen gesteigert – von 26 auf 38 – sondern auch die weitere Effektivierung der Öffentlichkeitsarbeit eingeleitet. Ziel ist ein System, bei dem Arbeitsgruppen und Regionalgruppen die inhaltliche Vorarbeit übernehmen und die pressegemäße Umsetzung in der Geschäftsstelle erfolgt. So kann das Ehrenamt sich auf seine Kernkompetenzen – inhaltliches Know-how – konzentrieren und das sachgerechte „Verkaufen“ dem Hauptamt überlassen.



Mitglieder am Rande der Mitgliederversammlung während einer Ansprache im Kaisersaal des Frankfurter Römers



Sylvia Schenk präsentierte am 17. November 2009 die Ergebnisse des Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) in der Bundespressekonferenz.

DANKESCHÖN AN EHREN- UND HAUPTAMT

Bei all den Aktivitäten muss betont werden, dass diese umfassende Leistung von Transparency Deutschland nur durch die große Zahl an Ehrenamtlichen und die kleine Geschäftsstelle mit vier Hauptamtlichen und jeweils zwei Praktikantinnen bzw. Praktikanten ermöglicht wird. Ihnen allen gilt ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit.

Der Vorstand

EINZELBERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

AG POLITIK

In drei Fällen hat die Arbeitsgruppe Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz gestellt – mit jeweils unterschiedlichen Ergebnissen. Die Anfrage zur Parteienfinanzierung mit der Bitte um weitergehende Informationen zu den Spendenquellen der deutschen Bundestagsfraktionen wurde abgelehnt. Noch offen sind die Anfragen nach dem Wechsel von zwei Staatssekretären im Wirtschafts- bzw. Verkehrsministerium. In einem Fall steht die Antwort des Betroffenen noch aus. Im zweiten Fall ist das Widerspruchsverfahren noch nicht abgeschlossen. In allen Fällen hat Transparency Deutschland den Bundesbeauftragten für die Informationsfreiheit über die Ablehnungen und Zwischenbescheide informiert.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete 2009 die Evaluierung der deutschen Parteienfinanzierung für die Untersuchung der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO), eingesetzt vom Europarat. Diese hatte die Regelungen zur deutschen Parteienfinanzierung und Strafverfolgung von Korruption evaluiert und deutliche Kritik geübt. Mit einer Stellungnahme zur Parteienfinanzierung und in persönlichen Gesprächen mit den GRECO-Beauftragten hat die Arbeitsgruppe auf eine Reihe von verbesserungsbedürftigen Aspekten bei der deutschen Parteienfinanzierung hingewiesen. Die AG sprach sich darin unter anderem für eine Herabsetzung der Grenzen für die Veröffentlichungspflicht von Parteispenden auf 2.000 Euro und ein Verbot von Direktspenden an Abgeordnete aus. Damit griff die AG bereits 2009 eine Reihe von strittigen Punkten auf, die zu Beginn des Jahres 2010 mit dem Bekanntwerden der Millionenspende an die FDP in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Weiterhin bestimmendes Thema der AG-Arbeit war auch 2009 der Einsatz für eine Verschärfung der Abgeordnetenbestechung, damit Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren kann. Zu den unterschiedlichsten Anlässen haben die AG sowie Transparency-Sprecherinnen und -Sprecher auf den kaum haltbaren Umstand hingewiesen. So auch bei der Vorstellung des Korruptionswahrnehmungsindex und in der parlamentarischen Anhörung zum Thema Transparenz vor der Bundestagswahl. Als Folge der Nichtratifi-

zierung der Konvention durch die Bundesrepublik liegt Deutschland bei der Korruptionsbekämpfung hinter mehr als 140 anderen Staaten zurück und konnte beim Treffen der Vertragsstaatenkonferenz im November lediglich als Berater teilnehmen und sich nicht aktiv an den Diskussionen zum Review-Prozess beteiligen.

Zentraler Aspekt war auch in diesem Jahr bei allen Aufgaben der AG der ständige Austausch mit Medienschaffenden, Politikerinnen und Politikern sowie anderen Verbänden und NGOs im Sinne des Koalitionsansatzes von Transparency Deutschland. Hierbei – wie auch in verschiedenen Vorträgen – wurde auch immer wieder die Forderung nach Einführung eines Lobbyistenregisters aufgestellt. Mit dem im April vom Vorstand verabschiedeten Verhaltenskatalog für eine verantwortliche Interessenvertretung hat die Gruppe bei diesem Thema die Basis für weitere Gespräche gelegt.

Marion Stein

AG TRANSPARENZ IN DER VERWALTUNG – INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ

Das Bundesinformationsfreiheitsgesetz (IFG) ist seit nunmehr vier Jahren in Kraft und wird nach der Statistik des Bundesministeriums des Innern nur in geringem Maße genutzt. Die Arbeitsgruppe verfolgt die von den Medien aufgegriffenen Antragsablehnungen und nimmt Erfahrungen, die Organisationen oder Einzelpersonen bei Anfragen unter Berufung auf das Gesetz machen, zur Kenntnis. In den elf Bundesländern, die bereits Informationsfreiheitsgesetze haben, beobachten wir die jeweilige Anwendungspraxis. Für uns hilfreich sind die Berichte der Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder. Die Websites der Bundesministerien und der ihnen nachgeordneten Dienststellen sowie die Websites der zuständigen Landesministerien enthalten inzwischen überwiegend Hinweise auf die neuen Informationsrechte.

Auf dieser Datengrundlage konnten wir bislang keine Erkenntnisse darüber gewinnen, inwieweit mithilfe der Aktenauskunft und -einsicht Korruption im Einzelfall aufgedeckt wurde. Es ist aber davon auszugehen, dass Korruption eher verhindert oder erschwert wird, je stärker Bürgerinnen und Bürger von ihren Informationsrechten Gebrauch machen. Aus diesem Grund unter-

stützt die Arbeitsgruppe alle Bestrebungen, die Informationsrechte im Bund sowie in den jeweiligen Ländern und Kommunen bekannter zu machen, damit sie von den Bürgerinnen und Bürgern stärker genutzt werden.

Die Arbeitsgruppe stärkt alle Bemühungen, Informationsfreiheitsgesetze auch in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen zu schaffen. In Hessen und Niedersachsen sind im Jahre 2009 die von der Arbeitsgruppe mit eigenen Stellungnahmen und der Teilnahme an den jeweiligen Ausschusssitzungen unterstützten Anläufe von Oppositionsparteien aufgrund der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen jedoch gescheitert. In Bayern ist nach wie vor das von uns wesentlich mitgetragene Bündnis „Informationsfreiheit für Bayern“ aktiv; es konnte dazu beitragen, dass seit Januar 2009 in mittlerweile sechs bayerischen Städten und Gemeinden Informationsfreiheitsrechte auf kommunaler Ebene (in Form von Informationsfreiheitssatzungen) eingeführt worden sind. Wir beobachten, dass auch in anderen Bundesländern, in denen es noch kein entsprechendes Landesgesetz gibt, die Idee einer kommunalen Informationsfreiheitsatzung aufgegriffen wird (z.B. läuft aktuell ein entsprechender Antrag im niedersächsischen Göttingen).

Dieter Hüsgen und Dr. Heike Mayer

*Dina Michels
Mitglied und Fördererin
Kriminologin aus Hannover*



„In meinem Beruf werde ich täglich mit Korruption im Gesundheitswesen und den damit verbundenen Kosten konfrontiert. Transparency spricht bestehende Probleme an und engagiert sich für deren Lösung. Diese Arbeit unterstütze ich durch einen regelmäßigen Förderbeitrag.“

AG VERGABEWESEN UND ZENTRALREGISTER

Die Arbeitsgruppe Vergabewesen und Zentralregister hat im abgelaufenen Jahr drei Schwerpunkte verfolgt, die auf der Tagesordnung bleiben:

1. Höhere Korruptionsrisiken durch die Anhebung der Vergabeschwellen mit dem Konjunkturpaket II, und damit die Einschränkung des förmlichen Vergabeverfahrens, prägten die Arbeit der AG in der ersten Jahreshälfte 2009. Das Monitoring der entstandenen Lage – vor allem auf kommunaler Ebene – und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Wahrnehmung dieser Situation wird uns gemeinsam mit der AG Kommunen auch künftig stark fordern.

2. In der zweiten Jahreshälfte traten unsere lange vorbereiteten Aktivitäten zur Einführung eines gesetzlichen Korruptionsregisters auf Bundesebene in den Vordergrund. Hintergrund bildet die Evaluation des nordrhein-westfälischen Korruptionsbekämpfungsgesetzes, die eine Reihe von interessanten Hinweisen zur Fortentwicklung des Gesetzes gibt. Ein verstärkter Informationsaustausch der auf allen Ebenen mit dem Ausschluss unzuverlässiger Bieter betrauten Verantwortlichen zum Thema Korruptionsregister steht an. Diese Aufgabe wird im An-

schluss an unsere Podiumsdiskussion zum Thema „Integre Unternehmen schützen, Korruptionsregistergesetz einführen“ im letzten Oktober angepackt. Wichtige konzeptionelle Anregungen enthielt die Key Note von Dr. Harald Noack, Staatssekretär a.D. und Mitglied des Europäischen Rechnungshofes. Das Podium unter der Moderation von Dr. Michael Wiehen, Ethikbeauftragter von Transparency Deutschland, mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Bundesländern und den Chapters Österreich und Deutschland hat Impulse für das weitere Vorgehen auf dem Weg zu einem wirksamen bundesweiten Informationsregister, das unzuverlässige Bieter ausschließt, gesetzt.

3. Öffentlich-Private Partnerschaften bildeten ein weiteres Thema. Anlässlich der Jahresversammlung des Bundesverbandes Public Private Partnership (BPPP) hat Transparency Deutschland fünf kritische Anmerkungen zum Thema Compliance bei Infrastrukturvorhaben in die Diskussion gebracht. Im Mittelpunkt unserer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema stehen die Forderungen nach strikter Transparenz für Entscheider, strikter Einhaltung der Wirtschaftlichkeitsvorgaben von Haushalts- und Vergaberecht, sowie – last but not least – die Anwendung des Integritätspakts auf die Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Das Thema bleibt auf der Agenda der AG.

Neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind herzlich willkommen, denn in den nächsten Jahren werden sich vor dem Hintergrund europäischer Regelungen viele Fragen nach der Fortschreibung der „neuen“ – also angehobenen – Schwellenwerte im nationalen Vergaberecht stellen. Transparency wird gefordert sein, wenn es um die Gewährleistung von mehr Transparenz und Integrität auf den stärker unter Druck geratenen Vergabe-Märkten geht.

Gabriele C. Klug (verantwortliches Vorstandsmitglied)



AG INTEGRITÄTSPAKT

Während des Jahres 2009 haben wir ein zweites großes Investitionsprojekt in Deutschland mit dem Integritätspakt gegen Korruptionsversuche schützen können: Der Neubau des Klinikums Bremen-Mitte wird von einem Abkommen, das dem in Berlin beim Neubau des Flughafens BBI angewendeten sehr ähnlich ist, begleitet. Neu in Bremen ist der detaillierte Monitor-Vertrag, der die zahlreichen Aufgaben des Monitors auflistet. Als Monitor konnten wir den erfahrenen Marburger Rechtsanwalt und Ingenieur Prof. Gotthold gewinnen. Der laufende Kontakt mit dem Monitor und dem Bremer Klinikum wird von der Regionalgruppe Bremen wahrgenommen.

Beim schon seit 2005 laufenden Integritätspakt am Flughafen Berlin-Schönefeld, der Ende 2011 in Betrieb gehen soll, hat es weiterhin keinerlei Anzeichen von Korruption gegeben, ganz im Gegensatz zu den Erfahrungen mit diesem Großprojekt in den Jahren 1996 bis 2003. Unser Monitor Prof. Oettel war eine Zeit lang wegen Krankheit verhindert, ist aber wieder voll im Einsatz.

Dr. Michael Wiehen

AG BERLINER VERWALTUNG UND POLITIK

Die Arbeitsgruppe hat sich rund zwanzig Sitzungen des Untersuchungsausschusses Spreedreieck des Berliner Abgeordnetenhauses angehört. Ziel dabei war es, mehr über Bauleitplanung und Behördenhandeln anhand dieses Beispiels zu erfahren. Der Untersuchungsausschuss wird vermutlich erst Mitte 2010 seine Zeugenvernehmungen beenden. Bislang sind erhebliche Mängel sowohl beim Handeln der Verwaltung als auch bei der politischen Führung sichtbar geworden.

Diese Mängel haben zu einem ersten Vertrag im Dezember 2000 über den Erwerb eines Grundstücks am S-Bahnhof Friedrichstraße durch einen Investor geführt, den Juristinnen und Juristen als mindestens grob fahrlässig eingestuft haben und der die Stadt Berlin für umfangreiche Nachforderungen gefügig gemacht hat.

Die Fehler bei Verwaltung und politischer Führung haben Graubereiche entstehen lassen, die Möglichkeiten inkorrekten Handelns ein breites Feld bieten.

Jochen Bäumel

AG WIRTSCHAFT

Die AG Wirtschaft hat sich 2009 im März, Juli und November dreimal im Bundesgebiet getroffen. Die Anzahl der aktiven Mitglieder ist durch Verabschiedungen aus der Gruppe bzw. Neueintritte in etwa gleich geblieben.

Die Arbeitsweise der Gruppe ist unverändert. In der Gesamtgruppe werden das Arbeitsprogramm festgelegt, übergreifende Themen diskutiert, Aufträge an Kleingruppen beschlossen und Arbeitsergebnisse verabschiedet. Die Sacharbeit liegt in der Hand von Kleingruppen, die sich themenbezogen bilden, und Einzelpersonen. Folgende Diskussionsthemen sowie Ergebnisse standen im Jahr 2009 auf der Agenda:

- › Wiki: Das Wiki ist seit März 2009 für alle Mitglieder freigeschaltet und die technische Benutzung wurde anwenderfreundlicher gestaltet. Die Akzeptanz und Nutzung ist jedoch gering. Die Überlegungen dazu, wie beides gesteigert werden könnte, halten an.
- › Der Code of Conduct für Vattenfall und RWE wurde überprüft, kommentiert und die Ergebnisse dort mit Dank aufgenommen.
- › Zahlen zu materiellen Schäden durch Korruption (volkswirtschaftlich) wurden eruiert und diskutiert – je nach Berechnung und Sichtweise differieren diese sehr stark. Das Thema wurde in das Wiki aufgenommen.
- › Zum Thema Entlohnungs- und Bonussysteme hatten wir im Juli-Treffen Herrn Ghazvinian (Leiter Global Guidance und Procedures, Corporate Compliance der Daimler AG) eingeladen. Das Thema wird jedoch zurzeit von der Arbeitsgruppe Wirtschaft aus Mangel an Ressourcen nicht weiter verfolgt.
- › Die Broschüre „Resist“ vom Internationalen Sekretariat wurde diskutiert und wird von uns ins Deutsche übersetzt, um sie dann zu unseren Materialien hinzuzufügen.
- › Bilanz-Modernisierungs-Gesetz (BilMoG): Herr Minderer hat sich in einer Fleißarbeit damit beschäftigt. Direkte Ansatzpunkte für unsere Arbeit

sind bei dem jetzigen Stand der Gesetzgebung nicht erkennbar; das kann sich ändern, wenn Gerichte gezwungen sind, sich mit dem Gesetz für die Urteilsfindung im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten auseinanderzusetzen.

- › Zum Schwerpunktthema Mittelstand:
- Eine Reihe von Vorträgen dazu sind von Mitgliedern der AG, aber auch von anderen Mitgliedern, durchgeführt worden. Die Zahl der Teilnehmenden und ihre Reaktionen lassen darauf schließen, dass unser Thema mehr Interessierte in die Vortragsräume zieht.
- Der Kontakt zum Deutschen Industrie- und Handelskammertag wurde hergestellt – es sollen weitere Veranstaltungen mit Industrie- und Handelskammern geplant werden.
- CSR-Initiative der Bundesregierung: Mitarbeit im Themenfeld kleinere und mittlere Unternehmen (A. Novak)
- Kontakt zum Institut für Kleinere und Mittlere Unternehmen (IKMU) wurde hergestellt – diese planen, sich mit dem Thema „Collective Action“ im Mittelstand weiter zu beschäftigen.
- Wir sind in der Diskussion darüber, was dem Mittelstand für ein Korruptionspräventionsprogramm noch an Material oder Hinweisen fehlt.

Dr. Andreas Novak

*Stefan Walter
Neumitglied aus Dresden
Maschinenbauingenieur*



„Ohne Transparenz ist die wahre Motivation der Handelnden nicht sichtbar. Ein Mehr an Transparenz wirkt auf die Gesellschaft zurück. Dafür macht sich Transparency stark.“

AG CORPORATE ACCOUNTABILITY: MONITORING OECD-LEITSÄTZE FÜR MULTINATIONALE UNTERNEHMEN

Unter den CSR-Standards, deren Befolgung durch die Unternehmen ja freiwillig ist, nehmen die Leitsätze insofern eine Sonderstellung ein, als alle OECD-Mitgliedsstaaten und eine stetig wachsende Anzahl weiterer Staaten sich zur Förderung dieses gemeinsamen internationalen Standards verpflichtet haben. Diese Verpflichtung beinhaltet die Einrichtung von Nationalen Kontaktstellen (NKS), die als zentrale Umsetzungsinstrumente für die Bekanntmachung und Einhaltung der Leitsätze zuständig sind.

Seit mehreren Jahren setzt sich die AG gemeinsam mit anderen NGOs dafür ein, die Unabhängigkeit, Transparenz und Effektivität der deutschen NKS zu verbessern. Diese Bemühungen, die u.a. zahlreiche Kontakte zu Abgeordneten, Ministerien und Kanzleramt umfassten, trugen 2009 erste Früchte: Relevante Ministerien werden stärker in die Bearbeitung von Beschwerden einbezogen, die interessierte Öffentlichkeit sowie unmittelbar Betroffene werden durch eine erweiterte, nutzerfreundlichere Website und eine zeitnahe Berichterstattung informiert, der Umgang mit Beschwerden wird konstruktiver und transparenter gestaltet.

Unbefriedigend bleibt indessen die häufige Praxis der NKS, die Annahme von Beschwerden abzulehnen, indem man sich mithilfe umstrittener Formalismen als nicht zuständig erklärt. Daher drängen internationale NGO-Netzwerke und Gewerkschaften auf eine Überarbeitung der derzeitigen Fassung der Leitsätze und ihrer Verfahrensregeln. Seit Juli 2009 bereitet die OECD in Konsultation mit allen Stakeholdern eine Aktualisierung vor. Die AG hat diese Entwicklung von Anfang an forciert und arbeitet nunmehr zusammen mit OECD Watch an der Erstellung von konkreten Verbesserungsvorschlägen. Als spezifisch deutschen Input bereitet die AG für den 19. Mai 2010 eine ganztägige Fachtagung zum Thema vor.

Neben den Arbeiten zur Durchsetzung der OECD-Leitsätze hat sich die AG in verschiedenen Kontexten, Zusammensetzungen und Strategien engagiert, um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen voranzubringen:

Die Gruppe hat sich an der Konzipierung der „Nationalen CSR-Strategie“ beteiligt, die seit Januar 2009 durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Beteiligung relevanter Stakeholder entwickelt wird. Außerdem war sie in die Überarbeitung der Kriterien involviert, anhand derer alle zwei Jahre im Auftrag des Ministeriums und des Rates für Nachhaltige Entwicklung die Nachhaltigkeitsberichte deutscher Unternehmen bewertet werden. Klare Aussagen zur Korruptionsprävention wurden als Kriterium neu aufgenommen.

Im Februar 2009 wurde ein Bundesgesetz zur Modernisierung des Vergaberechts verabschiedet, das bei Beschaffungen der öffentlichen Hand die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien zulässt. Da dieses aber nur eine „Kann-Vorschrift“ ist, entwickelte das Corporate Accountability Netzwerk (CorA) einen Aktionsplan zur stringenten Umsetzung des Gesetzes. Durch ihre Mitarbeit bei CorA konnte die AG die Korruptionsbekämpfung als eines der Kriterien, die bei der öffentlichen Beschaffung berücksichtigt werden sollten, einbringen.

Shirley van Buiren und Dr. Manfred zur Nieden

AG FINANZMARKT

Der 13. März 2009 war ein großer Tag für alle, die sich in den letzten Jahren gegen die Beihilfe von Finanzzentren zu Steuerhinterziehung und – damit verbunden – zur reibungslosen Disposition von Bestechungsgeldern eingesetzt haben. Die Schweiz und Liechtenstein erklärten – nach jahrzehntelangem Widerstand – ihre Bereitschaft, in Zukunft bei Ermittlungsverfahren wegen einfacher Steuerhinterziehung zu kooperieren. Transparency hat sich national wie international seit Jahren dafür eingesetzt. Zugegebenermaßen hat vor allem der Druck der G-20-Länder und ihrer Finanzminister – insbesondere auch von Peer Steinbrück – diese Entwicklung beschleunigt. Die Androhung, nicht kooperierende Länder auf eine schwarze Liste der OECD zu setzen, war wieder einmal ein Beweis dafür, dass öffentliches „Naming and Shaming“ sehr wohl ein wirksames Mittel globaler Politik sein kann. Wir werden in den nächsten zwölf Monaten zu beobachten haben, ob den Worten der verpflichteten Länder auch Taten folgen.

Caspar von Hauenschild

AG HINWEISGEBER

Auf der Verteilerliste stehen derzeit 23 Personen. Etwa zehn Mitglieder der Gruppe haben aktiv an insgesamt fünf Meetings, davon einer Telefonkonferenz, teilgenommen. Dieser „harte Kern“ hat mittlerweile ein fundiertes Wissen über Hinweisgebersysteme und die damit zusammenhängenden Fragen. Neue Mitglieder sind stets willkommen, sie bereichern die Diskussion mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung. Einiges Know-how ist in die Ausgabe III/2009 des Scheinwerfers eingeflossen, es wurden aber auch externe Vorträge zum Thema gehalten und Presseerklärungen konzipiert. An der Diskussion über das Thema Datenschutz hat sich die Gruppe aktiv beteiligt. Das Projekt „Best Practice Whistleblowing“ wurde begonnen, aber noch nicht in dem Maße weitergeführt, wie geplant.

Dr. Peter Hammacher

*Sarah Blanck
Neumitglied aus Erfurt
Studentin*



„Transparency macht auf die Ursachen und Folgen von Korruption aufmerksam. Das möchte ich durch meine Mitgliedschaft unterstützen und mehr über die Möglichkeiten der Korruptionsbekämpfung erfahren.“

AG INTERNATIONALE KONVENTIONEN

Die Arbeitsgruppe Internationale Konventionen befasst sich mit der Umsetzung der Antikorruptionsregelungen von EU, Europarat, OECD und UN in Deutschland.

Aktivitäten 2009:

- › EU: Sebastian Wolf hat für den Scheinwerfer einen Beitrag zur Antikorruptionspolitik der EU verfasst.
- › Europarat:
 - Während des einwöchigen Länderbesuches des Evaluierungsteams der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) wurden Christian Humborg, Michael Wiehen und Sebastian Wolf als Vertreter der Zivilgesellschaft zum Thema Korruptionsstrafrecht angehört. Michael Koß (AG Politik) und Christian Humborg vertraten Transparency Deutschland im Rahmen der Anhörungen zum Bereich Parteienfinanzierung. Im Vorfeld hatten die AG Internationale Konventionen und die AG Politik in Zusammenarbeit Positionspapiere erarbeitet und an GRECO verschickt. In ihren im Dezember veröffentlichten Berichten schloss sich GRECO den Forderungen und Einschätzungen von Transparency Deutschland weitgehend an. Fast alle Bestechungsstraftatbestände wurden kritisiert, ebenso zahlreiche Regelungen zur Parteienfinanzierung. Die Berichte finden Sie auf www.transparency.de unter „Internationales“.
 - Deutschland hat das Zivilrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates vor zehn Jahren unterzeichnet, aber noch immer nicht ratifiziert. Anna-Catharina Marsch hat sich in einer eingehenden Untersuchung mit den Anforderungen der Konvention und dem Status quo in Deutschland befasst. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die deutsche Rechtslage den Mindestanforderungen der Zivilrechtskonvention weitgehend entspricht – abgesehen vom Hinweisgeberschutz – und dass Deutschland daher baldmöglichst das Übereinkommen ratifizieren sollte.
 - OECD: Die AG (verantwortlich Max Dehmel) hat wie in den Jahren zuvor an der Erstellung des „TI Progress Report on Enforcement of the OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions“ mitgewirkt. Der Report wurde vom Internationalen Sekretariat im Juni veröffentlicht. Die von der AG

gemeldeten Zahlen über die Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland gegen die Bestechung ausländischer Amtstragender haben dazu geführt, dass das Sekretariat in dem Report 2009 Deutschland – neben Norwegen, Schweiz und den USA – mit der Bezeichnung „Active Enforcement“ ausgezeichnet hat. Die Berichte finden Sie auf www.transparency.de unter „Internationales“.

- › UN: Christian Humborg und Gillian Dell nahmen an einem interministeriellen Treffen zur Vorbereitung der Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Konvention gegen Korruption teil. Der auf der Konferenz verabschiedete Monitoring-Mechanismus blieb hinter den von Transparency International gestellten Forderungen zurück. Deutschland hat trotz verschiedener Aufrufe von Transparency International auch 2009 die UN-Konvention nicht ratifiziert. Hauptvoraussetzung hierfür ist eine Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB).

Dr. Max Dehmel



An der 3. Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Konferenz gegen Korruption (UNCAC) in Doha durfte Deutschland nur als Beobachter teilnehmen.

AG STRAFVERFOLGUNG

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit folgenden Themen: Vermögensabschöpfung, Deal bzw. seine praktische Handhabung nach der Gesetzesänderung, Unabhängigkeit bzw. Weisungsgebundenheit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Kriminalstatistiken. Die Gruppe ist nach einem Jahr des Bestehens auf zwölf sehr fachkundige Mitglieder (darunter zwei Staatsanwälte) angewachsen.

Dr. Peter Fries

AG KOMMUNEN

Nach der Neuwahl der AG-Leitung stand die Medienarbeit im Zusammenhang mit dem Positionspapier zur Ämterpatronage im Vordergrund. Die Vortragsveranstaltungen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die Presseclip-Datenbank „Korruption in Kommunen“ wurden fortgeführt. Durch Ulrike Löhr konnten die Kontakte zu den kommunalen korporativen Mitgliedern deutlich intensiviert und weiter ausgebaut werden. Die Arbeit der AG wurde auf Anregung der RG Sachsen durch ein breites Votum der Mitgliederversammlung unterstützt. Daraus ist ein Projekt entstanden.

Walter Küblbeck

AG GESUNDHEIT

Das Jahr 2009 brachte der AG Gesundheit viel mediale Aufmerksamkeit. Nach öffentlichem Aufsehen um die sogenannten Zuweisungspauschalen (Kopfgelder, Kickback-Zahlungen) wurde unsere im September 2009 veröffentlichte Presseerklärung zu massiven Interessenkonflikten der beteiligten Experten im Hinblick auf die Pandemie-Erklärung des lange bekannten H1N1-Virus und der Entscheidung für die Massenimpfung von großem Presseecho begleitet. Die bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der europäischen Zulassungsbehörde für Medizinprodukte (EMA) und der Ständigen Impfkommission (STIKO) in Deutschland zu beobachtende langjährige und intensive Kooperation mit Impfstoffherstellern haben wir in Zusammenhang gebracht mit dem nicht durch wissenschaftliche Evidenz gedeckten Zustandekommen der Pandemie-Erklärung (nach kurzfri-

stiger Änderung der Pandemie-Definition durch die WHO) und der durch Verträge bereits im Jahr 2007 festgelegten Massenimpfung der Bevölkerung. Gegenüber den Vertretern der verantwortlichen nationalen Institutionen hat Dr. Angela Spelsberg in der Fernsehsendung „hart aber fair“ im Oktober 2009 diese Kritik vertreten – den Vorwürfen wurde nicht widersprochen. Tatsächlich wurde am Ende der Grippe-Saison 2009/2010 auch in Deutschland bestätigt, dass H1N1 keine gefährliche Pandemie war. Unsere Forderung nach Transparenz der Entscheidungen sowie der Protokolle der Expertensitzungen und ihrer Beschlüsse wird uns auch 2010 weiter beschäftigen. Im Januar fand eine Anhörung im Europarat statt; eine parlamentarische Untersuchung in Deutschland wird angestrebt.

Die weitreichenden Konsequenzen der bestehenden Interessenkonflikte für die globalen Gesundheitssysteme haben wir in einem im August 2009 veröffentlichten Artikel im „Journal of Epidemiology and Community Health“ beschrieben. Das Beispiel Schweinegrippe zeigt in drastischer Weise, welche Kosten die zunehmende Abhängigkeit der Entscheidungsträger im Gesundheitswesen verursacht.

Wichtige Themen auf den drei AG-Treffen im Jahr 2009 waren darüber hinaus die Antikorruptionsstellen im selbstverwalteten Gesundheitssystem, der Vorschlag der EU-Kommission zur Lockerung des Werbeverbotes für rezeptpflichtige Arzneimittel sowie die HPV-Impfung zur Prävention von Gebärmutterhalskrebs, bei der die gleichen Interessenkonflikte bei den beteiligten Experten der STIKO wie bei der Schweinegrippe zu beobachten sind.

Mit der AOK Baden-Württemberg und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales Baden-Württemberg gab es einen Schriftwechsel über unzulässige Vorteilsgewährungen an Ärzte, die zu für Kassen finanziell vorteilhaften Diagnosen führen sollen. Weiterhin gibt es seit Juni 2009 Bemühungen, im Rahmen des nordrhein-westfälischen Informationsfreiheitsgesetzes eine Auskunft über den Inhalt der Verträge zwischen der Universität zu Köln und der Firma Bayer zu erhalten. Bislang verweigert die Universität jegliche Auskunft unter Berufung auf die wissenschaftliche Freiheit. Seit August 2009 arbeitet die AG projektbezogen mit der Anti-Korruptionsstelle der KKH-Allianz Krankenkasse Hannover zusammen. Mit weiteren Partnern soll eine Studie zu

den Zuweisungsentgelten (Kick-back-Zahlungen) durchgeführt werden.

Dr. Angela Spelsberg

AG TRANSPARENZ IM GEMEINNÜTZIGEN SEKTOR

Ziel des gemeinnützigen Sektors ist die Förderung des Gemeinwohls. Jährlich werden zu diesem Zweck in Deutschland ca. einhundert Milliarden Euro umgesetzt, 24 Millionen Menschen engagieren sich (zumeist ehrenamtlich). Allein die Gemeinschaft – zu deren Wohl dies alles geschieht – hat gemäß deutscher Rechtslage keinen Anspruch darauf zu erfahren, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungen darüber trifft. Der weitaus größte Teil der 550.000 Vereine und 17.000 Stiftungen in Deutschland macht dazu keine öffentlichen Angaben, obwohl sechzig Prozent der Mittel entweder direkt über staatliche Zuwendungen oder über Steuerermäßigungen für Spenden von Steuerzahlenden finanziert werden.

Zunehmend kritische Spenderinnen und Spender, Medienschaffende und Wissenschaft Treibende sowie einzelne Skandale in diesem Sektor haben jedoch dazu geführt, dass immer mehr gemeinnützige Organisationen dieser Intransparenz nun selbst den Kampf ansagen. Diverse Transparenz-Initiativen sind daher schon auf den Weg gebracht worden. Transparency Deutschland möchte diese Kräfte bündeln und gemeinsam mit möglichst vielen Partnern aus dem gemeinnützigen Sektor einen einheitlichen Transparenz-Mindeststandard etablieren, der sich in der Breite des Dritten Sektors durchsetzt und dort auch wirklich zur Anwendung gelangt.

Die AG Transparenz im gemeinnützigen Sektor hat daher die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ initiiert, welche im Kern eine Selbstverpflichtung gemeinnütziger Organisationen zu Transparenz in zehn präzisen Punkten beinhaltet. Dazu zählen unter anderem die Satzung, die Namen der Entscheidungstragenden sowie Angaben zur Mittelherkunft, Mittelverwendung und Personalstruktur der Organisation. Es ist gewissermaßen eine Charta der Transparenz, für deren Verbreitung und Umsetzung bereits zahlreiche Organisationen ihre Unterstützung signalisiert haben, darunter: der Bundesverband Deutscher Stiftungen, das Deutsche Zentralinstitut

für Soziale Fragen, der Deutsche Spendenrat, das Maecenata Institut, Ashoka, Germanwatch, Oxfam Deutschland, Unicef Deutschland, WWF Deutschland sowie der Beirat von Transparency Deutschland.

Zum anderen hat die AG begonnen, gemeinsam mit weiteren Partnern aus dem gemeinnützigen Sektor, einen „Leitfaden zu Prozessen und Strukturen der Vertrauenssicherung im gemeinnützigen Sektor“ zu entwickeln. Letzterer behandelt u. a. Themen wie die Unabhängigkeit eines Aufsichtsorgans, effektive Interessenkonfliktregelungen und transparente Prozesse bei Postenbesetzungen oder Mittelvergabe. Während es sich bei dem Leitfaden um eine deskriptive Handreichung handeln wird, hat die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ normativen Charakter. Sie soll einen einheitlichen Mindeststandard für Transparenz im gemeinnützigen Sektor etablieren.

Folkard Wohlgemuth

*Meinhard Lehofer
Neumitglied aus Berlin
Unternehmensberater*



„Korruption richtet gewaltigen Schaden an. Transparency schafft Bewusstsein in der Öffentlichkeit und erarbeitet auch konkrete Maßnahmen, wie Korruption in verschiedenen Bereichen verhindert werden kann. Dies unterstütze ich nun aktiv.“

AG NICHTSTAATLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Am 6. und 7. März 2009 fand in der Evangelischen Akademie Bad Boll, die eine lange Tradition in der Erörterung entwicklungspolitischer Themen hat, ein Workshop unter dem Titel "Mut zur Transparenz" statt. Das Ziel der Veranstaltung war, ausgewählte Fragen aus unserem Arbeitspapier weiterzubearbeiten. Eingeladen wurden vor allem die kirchlichen Hilfswerke, dazu einige aus der Gruppe der nichtkirchlichen Nichtregierungsorganisationen. Die Zahl der Teilnehmenden übertraf all unsere Erwartungen, 66 Personen aus 29 Organisationen reisten an, berichteten von ihren Erfahrungen und diskutierten Lösungsmöglichkeiten. Besonders erfreulich war, dass die Teilnehmenden nicht nur aus der Arbeitsebene kamen, sondern aus einer Reihe von Hilfswerken auch Personen der Führungsebene an dem Workshop teilnahmen. Um eine möglichst freie und unbefangene Diskussion sicherzustellen, galt die Chatham-House-Regel: Wer sensible Informationen und Meinungsäußerungen außerhalb der Veranstaltung weitergeben will, kann dies tun, muss sie aber anonymisieren.

Eingeleitet wurde der Workshop durch ein Referat von Prof. Christoph Stückelberger, der in wichtigen Funktionen in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und mit zahlreichen Veröffentlichungen seit Jahren den Kampf gegen die Korruption in der Entwicklungszusammenarbeit anführt. Stückelberger zeigte mit seinem Referat, welche Schäden die Korruption anrichtet, und dass man gegen diese Schäden nur dann etwas ausrichten kann, wenn man bereit ist, offen darüber zu reden. Das ist vielfach auch heute noch nicht der Fall. Er machte zugleich deutlich, dass eine offene Sprache möglich ist, dass christliches Ethos sie geradezu fordert. Damit prägte er das Diskussionsklima der ganzen Veranstaltung. Einzelheiten der Tagung kann man in der Dokumentation der Veranstaltung nachlesen, die in gedruckter Form bei der Evangelischen Akademie Bad Boll angefordert und auch auf der Website von Transparency Deutschland abgerufen werden kann.

In Fortführung der Arbeit des Workshops fand am 13. August in Köln ein Treffen statt, bei dem es darum ging, die künftige Arbeit zu organisieren. Die bisher sehr kleine Arbeitsgruppe vergrößerte sich, in drei thematischen Gruppen soll zunächst weitergearbeitet werden:

- › Kontrolle durch die Zielgruppen

- › Soziokulturelle Faktoren der Korruption
- › Verhaltenscodices, Ombudsstellen und ihre Praxistauglichkeit

In diesen Gruppen soll Literatur ausgewertet, sollen Erfahrungen ausgetauscht und Modelle erarbeitet werden. Das Ergebnis könnte so etwas wie eine "Tool Box" für die Praxis werden, in der unterschiedliche Lösungsvorschläge für unterschiedliche Organisationen und Fallkonstellationen angeboten werden. Verhaltenscodices, die bei einzelnen Organisationen bereits vorhanden sind, sollen verglichen und eine Handreichung dazu erarbeitet werden. Einige der von der Gruppe vorgelegten Vorschläge (in erster Linie der "Kontrolle durch die Zielgruppen") sollen in der praktischen Projektarbeit vor Ort erprobt werden.

Eine Fortführung der Tagung in Bad Boll ist angedacht, um Ergebnisse vorzustellen und die Arbeit, die gleichzeitig in Arbeitsgruppen der einzelnen Hilfswerke stattfindet, kennenzulernen.

Reinold E. Thiel

AG STAATLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die AG hat ihre Arbeit im Jahre 2006 mit einer Analyse des Internet-Auftritts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aufgenommen. Es wurde deutlich, dass die Korruptionsproblematik in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch im BMZ verstärkte Aufmerksamkeit gefunden hat. Es ging uns vorrangig darum, in konkreten Teilbereichen praktikable Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und deren Umsetzung in Gesprächen mit Vertretern des BMZ zu begleiten.

Mit dem gleichen Grundverständnis hat die AG inzwischen auch den Dialog mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), einer der großen Durchführungsorganisationen des BMZ, aufgenommen.

Mit dem BMZ konnten wir bisher 17 Anregungen/Empfehlungen in bisher zwei gemeinsamen Gesprächen (November 2008 und Juni 2009) erörtern. Die Empfehlungen und die mit dem BMZ abgestimmten Ergebnisprotokolle sind unter www.transparency.de im Mitgliederbereich

einsehbar. Deshalb seien hier nur einige Beispiele zu Empfehlungen genannt, die immer noch im Gespräch sind. Die Langwierigkeit erklärt sich auch daraus, dass es im BMZ für beinahe jede unserer Empfehlungen eine andere Zuständigkeit gibt:

- › Die Bemühungen für eine Reform in der Arbeit der Nationalen Kontaktstelle (OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen) sollten fortgesetzt werden. Wir haben hierzu auch vorgeschlagen, in ausgewählten Ländern die Anwendung der Leitsätze über einen runden Tisch mit Firmen-, Regierungs-, Botschafts-, und Zivilgesellschaftsvertreterinnen und -vertretern zu verbessern.
- › Bundesländer wie Berlin und Nordrhein-Westfalen haben positive Erfahrungen mit schwarzen Listen von korruptionsanfällig gewordenen Firmen. Das BMZ ist diesem Instrument gegenüber bisher sehr zurückhaltend. Wir bleiben aber überzeugt, dass es korruptionsmindernd auch in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden kann.
- › Bei der Umsetzung der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ halten wir es für wichtig, dass sich das BMZ auch in der Praxis verstärkt für eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Planung und Durchführung von Strategien und Projekten einsetzt.

Noch zwei Beispiele aus unserem Dialog mit der GTZ (Gespräche im November 2008 und Oktober 2009, die 14 Empfehlungen/Anregungen sind ebenfalls im Mitgliederbereich einsehbar):

- › Wie auch in anderen Organisationen der staatlichen und nicht-staatlichen Zusammenarbeit gibt es offene Fragen im Bereich der „kleinen Bestechung“, wenn es zum Beispiel um die Entzollung wichtiger Projekt-Sachgüter geht. Durch „elegante“ Umwege über örtliche Unternehmen können zwar direkte „Beschleunigungszahlungen“ von Beschäftigten vermieden werden, aber der Forderung von „Null Toleranz“ wird damit kaum entsprochen.
- › Für wichtig halten wir, dass auch externe Gutachter in der Vorbereitung verstärkt zu Korruptionsproblemen ausgebildet und sensibilisiert werden.

Trotz aller bisherigen Erfolge in der Korruptionsbekämpfung: Die aufgezeigten Beispiele verdeutlichen, dass noch zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der Korruption erforderlich sind.

Uwe Henrich

*Corinna Heyder
Neumitglied aus Hamburg
Juristin in der Zollverwaltung*



„Ich möchte dazu beitragen, dass das Thema Korruption in der Wirtschaft nicht als Bagatelle behandelt, sondern als ernstes und schädliches Problem erkannt und bekämpft wird. Zudem bekomme ich durch meine Mitgliedschaft bei Transparency Deutschland interessante Informationen über Korruptionsbekämpfung in Deutschland und weltweit.“

WISSENSCHAFTLICHER ARBEITSKREIS

In den Anfangsjahren war der Fokus von Transparency Deutschland im Wesentlichen auf Korruptionsdelikte gerichtet. Nach und nach wuchs auch die Beschäftigung mit den Strukturen, welche Korruption überhaupt erst ermöglichen. Mit anderen Worten: Der Vorhof der Korruption wurde immer weiter ausgeleuchtet. So notwendig diese Entwicklung auch war, so ist sie doch mit der Gefahr verbunden, dass Transparency Deutschland dabei seinen Fokus und seine Profilschärfe verliert. Deshalb ist es wichtig, immer wieder neu zu bestimmen, was aus Transparency-Sicht zum Kernphänomen der Korruption gehört und was nicht.

Zur Schärfung dieses Selbstverständnisses hat auch die Arbeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises von Transparency Deutschland beigetragen. In knappen Papieren legten acht Korruptionsforscher dar, welches aus ihrer Sicht die Kernthemen des Korruptionsphänomens sind. Während Juristen den Korruptionsbegriff an bestehenden gesetzlichen Regelungen präzise festmachen, betrachten Kulturosoziologen und Historiker, wie sich das

Verständnis von Korruption über Zeit und Raum verändert. Ökonomen betonen bei ihren Analysen die Untergrabung eines freien Wettbewerbs durch Korruption, während aus politologischer Sicht die Unterminierung von gleichberechtigter politischer Teilhabe durch Korruption im Vordergrund steht. Weitgehende Einigkeit besteht bei den Teilnehmern des Arbeitskreises darüber, dass Korruption im Kern immer einen Tausch darstellt, bei dem ein höheres Allgemeingut zu Gunsten eines privaten Vorteils verletzt wird.

Im Herbst wird Transparency Deutschland eine Fachtagung zu diesem Thema mit der Friedrich Ebert Stiftung durchführen, die anschließend in einer kleinen Publikation dokumentiert werden soll. Dazu werden neben Wissenschaftlern auch Praktiker aus den Bereichen Compliance, Politik und Strafverfolgung eingeladen.

Ziel der Beschäftigung mit dem Korruptionsbegriff ist für Transparency Deutschland nicht nur, das eigene Arbeitsfeld immer wieder abzustecken, sondern auch klare politische und gesellschaftliche Anliegen für die Korruptionsbekämpfung abzuleiten, die einer breiten Öffentlichkeit ebenso unmittelbar einleuchten, wie die Anliegen von Menschenrechts- oder Umweltorganisationen.

Karenina Schröder

INZELBERICHTE DER REGIONALGRUPPEN

RG BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Regionalgruppe hat sich viermal in Stuttgart getroffen. Von 35 Personen, die im Verteiler stehen, haben rund fünf Personen regelmäßig teilgenommen. Damit ist eine gute Basis für Aktivitäten in Baden-Württemberg geschaffen, die aber noch konsolidiert werden muss. Das Interesse der jeweiligen Teilnehmenden an unterschiedlichen Themen ist sehr groß, ebenso die Bereitschaft, eigene Erfahrungen auszutauschen. Die geplante Beteiligung der Gruppe an der Umfrage bei Kommunen und Städten zum Konjunkturpaket II scheiterte daran, dass keine der angefragten Kommunen den Fragebogen beantworten wollte, trotz des zusätzlichen Engagements einzelner Mitglieder.

Dr. Peter Hammacher

RG BERLIN-BRANDENBURG

Die Aktivitäten der Regionalgruppe haben sich schwerpunktmäßig auf drei Bereiche konzentriert:

1. Öffentlichkeitsarbeit: Hier konnte während drei voller Tage mit einem Infostand die allgemeine Öffentlichkeit angesprochen werden. Standort war die Humboldt-Universität, die im Rahmen eines Geschichtsforums während des Pfingstwochenendes einen „Projektmarkt“ ermöglichte. Daran beteiligten sich 58 Institutionen (Stiftungen, Verlage, Forschungsstellen, Museen etc.), die entsprechende Klientel, Interessierte und Flaneure anzogen, die dann auch an den Stand kamen. Obwohl zu einem nicht geringen Teil ein akademisches Publikum da war, war Transparency Deutschland und unser Anliegen dem Publikum nur wenig, zumeist überhaupt nicht bekannt, oder wurde mit anderen NGOs, beispielsweise Amnesty International verwechselt. Der Stand-Dienst wurde mit zehn freiwilligen Mitgliedern durchgeführt. Der zeitliche Aufwand hat sich gelohnt, denn das öffentliche Flaggezeigen ist nach Art eines Logos in Erinnerung geblieben – wie einiger Rücklauf bestätigt. Dies war zumindest ein Anfang, auch „die Basis“ anzusprechen.

Den Charakter von Öffentlichkeitsarbeit hatte natürlich auch das Einführungsseminar, das für unsere Region im September mit 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden hat.

2. RG-interne Diskussionen: Die RG-Treffen werden genutzt, um qualifizierte Vorträge zu unterschiedlichen Sachverhalten anzubieten, die jedes Mal eine lebhafte Diskussion hervorrufen. Die letztjährigen Themen waren: „Der Korruptionsfall Siemens“; „Solidarität und Transparenz – Konzepte und Möglichkeiten zur Korruptionsprävention in Neuruppin“; „Empirische Korruptionsforschung – Erkenntnisse für die Korruptionsprävention“.

3. Kontakte/Zusammenarbeit mit Institutionen:

- › Anlässlich der Brandenburgischen Landtagswahlen wurden Wahlprüfsteine an die fünf größten Fraktionen geschickt, die Antworten ausgewertet und auf der Landespressekonferenz in Potsdam drei Tage vor der Wahl vorgestellt.
- › Als Beteiligung an der „Befragung deutscher Kommunen zum Konjunkturpaket II“ wurde von einem RG-Mitglied eine Umfrage durchgeführt.
- › Die Gespräche zum Antrag der Landeshauptstadt Potsdam auf korporative Mitgliedschaft wurden begleitet. Sie zogen sich über den Sommer und Herbst hin. Am 2. Dezember erfolgte der Beitrittsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung.
- › Mit der Europa-Universität Viadrina konnten erste Kontakte hergestellt und beim Präsidenten der Universität für ein gemeinsames Projekt sondiert werden.

Dr. Astrid Wokalek



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Aktiventrainings in Berlin im November 2009

RG BREMEN

Die Regionalgruppe hat sich mehrere Ziele gesetzt:

- › als Akteur in der regionalen Korruptionsbekämpfung aufzutreten, sichtbar zu werden und Bündnispartner in der Region zu finden,
- › die Arbeit von Transparency Deutschland für die Region fruchtbar zu machen und
- › Mitglieder zu werben und zur Mitarbeit anzuregen.

Wir sind davon ausgegangen, dass diese Ziele am besten durch aktive Einmischung in der Region, vor allem im kleinräumigen Stadtstaat Bremen, zu erreichen sind. So greift die Gruppe regionale Korruptionsprobleme auf, schlägt Präventionsmaßnahmen vor und sucht auf Gesetzesvorhaben und staatliche Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung Einfluss zu nehmen. Die Regionalgruppe zählt inzwischen zwanzig Mitglieder; sie traf sich im Laufe des Jahres 2010 insgesamt viermal. Die Arbeit war vor allem von zwei Themen bestimmt: dem Integritätspakt zum Neubau des Krankenhauses Bremen-Mitte und dem Antikorruptionstag am 9. Dezember.

Nachdem die Gruppe im Jahre 2008 einen Integritätspakt für den Neubau des Klinikums Bremen-Mitte gefordert und das Konzept der Spitze des Gesundheitsressorts vorgestellt hatte, wurde im Jahr 2009 tatsächlich eine Vereinbarung zwischen der Krankenhaus-Holding Gesundheit-Nord (GeNo) und Transparency Deutschland geschlossen. Der Integritätspakt ist ein für alle an Vergabeverfahren Beteiligten verpflichtendes Regelwerk der Korruptionsprävention; er sieht Sanktionen für den Fall von Verstößen vor und gibt einem unparteiischen, von Transparency vorgeschlagenen Monitor umfangreiche Kontrollrechte. Die verschiedenen Vereinbarungen, die den Pakt ausmachen, wurden für Transparency von Michael Wiehen ausgehandelt, dem „Vater“ des Pionierpakts zum Bau des Flughafens Berlin-Schönefeld. Vertreter der Regionalgruppe bereiteten in enger Zusammenarbeit mit Herrn Wiehen die Treffen mit dem Vorstand der GeNo vor und waren an der Suche des Monitors beteiligt. Am 24. September wurde der Integritätspakt dann von Sylvia Schenk unterzeichnet und Prof. Dr. Jürgen Gotthold formell als Monitor bestätigt. Am 16. Dezember stellte Rainer Dombois den Pakt der CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft vor.

Die Regionalgruppe nahm den weltweiten Antikorruptionstag am 9. Dezember zum Anlass für eine gemeinsame Veranstaltung mit Radio Bremen. Moderator Theo Schlüter diskutierte mit den Transparency-Mitgliedern Hansjörg Elshorst, Peter Schönhöfer und Verena Holtz, den Staatsräten Matthias Stauch und Hermann Schulte-Sasse sowie dem früheren Bundestagsabgeordneten Volker Kröning neben der Korruptionsproblematik im regionalen, nationalen und internationalen Zusammenhang insbesondere auch über die Dringlichkeit der Ratifizierung der UN-Konvention. An der Veranstaltung beteiligten sich mit InWent, Mehr Demokratie und der Zentralen Antikorruptionsstelle des Landes Bremen verschiedene Mitstreiter-Organisationen. Die Veranstaltung fand lebhaften Zuspruch und wurde als Sendung von Radio Bremen veröffentlicht.

Prof. Dr. Rainer Dombois und Dr. Kirsten Schubert

RG FRANKFURT - RHEIN - MAIN

Für das Jahr 2009 hat die RG Frankfurt-Rhein-Main wieder versucht, mit einem breiten Themen- und Veranstaltungsspektrum zum einen den Austausch unter den individuellen und korporativen Mitgliedern in der Region zu fördern und zum anderen möglichst viele Interessierte zu erreichen, um sie über die Arbeit von Transparency zu informieren und sie dafür zu begeistern. Insgesamt gab es fünf RG-Treffen inklusive eines Stammtisches und drei „externe“ Termine, für die Plattformen von anderen Organisationen genutzt werden konnten.

Den Auftakt machte ein RG-Treffen am 10. Februar, bei dem neben der Jahresplanung insbesondere die Finanzkrise und deren Zusammenhang mit Korruption diskutiert wurden; der Finanzstandort Frankfurt stand mit seinen zahlreichen Institutionen hier besonders im Blickfeld. Am selben Abend wurde anlässlich der neu gewählten schwarz-gelben Landesregierung in Hessen zudem auch beschlossen, eine Informationsveranstaltung zum Informationsfreiheitsgesetz (IFG) durchzuführen, das in Hessen noch immer nicht eingeführt worden ist. Diese Veranstaltung fand am 4. April gemeinsam mit der AG Kommunen und der AG Transparenz in der Verwaltung – IFG statt. Auch aufgrund der starren Haltung der Landesregierung zum IFG wurde aber anschließend beschlossen, das Thema nicht weiter zu priorisieren.

Als eine gute Gelegenheit zur Werbung in eigener Sache erwies sich die Idee des Business Club innovativ.in Rhein.Main, Gäste aus verschiedensten Gesellschaftskreisen zu einem Abend über das Konzept „Transparenz als Wertschöpfung und Erfolgsfaktor“ einzuladen. Die RG durfte so am 28. Mai neben einem Glaskünstler und einer Persönlichkeitsberaterin ein Impulsreferat mit dem Titel „Transparenz als Mittel für eine integrale Gesellschaft“ halten.

Nach dem Sommerstammtisch am Schwedlersee am 24. Juni stand in der zweiten Jahreshälfte die Korruption im privatwirtschaftlichen Bereich im Fokus. Das nächste RG-Treffen fand zunächst am 30. September statt, wo als Einführung das Konzept Corporate Social Responsibility diskutiert wurde. Am 1. November durfte die RG dann beim Stipendiatentreffen der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) in Gießen dabei sein; hier konnte sie mit einem Vortrag über Korruptionsprävention in Unternehmen zum Oberthema "Korruption – ein unvermeidbares Übel?!" ihren Beitrag leisten. Zwei Wochen später schon, am 12. November, bestand dann die Gelegenheit, die diskutierten Inhalte einmal an einem konkreten Beispiel zu erleben: Die Abteilung Konzernsicherheit der Deutsche Lufthansa AG berichtete auf einem RG-Treffen über ihre Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Das Treffen fand in den Räumlichkeiten des korporativen Mitgliedes statt. Den Abschluss des Jahres bildete dann die Teilnahme der RG an dem studentischen AIESEC-Forum Mainz. Am 14. November 2009 wurde in den Hallen der Universität Mainz ein Stand für die Messe aufgebaut, auf der sich zahlreiche Aussteller zum Thema: "Corporate Social Responsibility – Marketing oder Moral?" äußerten.

Adelheid Tröscher und Daniel Willam

RG HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Regionalgruppe traf sich zweimal in der Hamburger Handwerkskammer. Mit zwölf bzw. 14 Teilnehmenden, darunter zahlreichen Gästen, befasste sich die Gruppe mit den aktuellen Themen von Transparency Deutschland. Beim ersten Treffen wurde der neue Leiter, Herr Gerd Leilich, gewählt. Besonders solange es keine aktive Regionalgruppe in Mecklenburg-Vorpommern gibt, sind die dortigen Mitglieder bei den Sitzungen willkommen. Ausführlich diskutiert wurde die Themenstellung der

sich gründenden AG Medien, da durch die zahlreichen Medien-Unternehmen in der Stadt vielfältige Kompetenz in der Regionalgruppe vorhanden ist.

Im zweiten Treffen der Regionalgruppe stellte Thorsten Rubbel, Dezernat Interne Ermittlungen (DIE) in Hamburg, die Korruptionsbekämpfung bei den Behörden der Stadt vor. Die Thematik wird uns auch weiterhin beschäftigen, vor allem, um eine intensivere Korruptionsbekämpfung in der Hamburger Wirtschaft anzuregen. Dies wurde auch vom DIE ausdrücklich betont. Es folgte ein ausführliches Gespräch in der Handelskammer Hamburg über Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Nach einem Referat an der Berufsschule für Außenhandel Hamburg kam die Schulleitung zu dem Ergebnis, die Vertiefung dieses Themas bei angehenden Kaufleuten sei dringend notwendig. Die Themen und Ansätze von Transparency Deutschland wurden auch an der Uni Rostock im Rahmen der deutsch-ukrainischen Herbst-Akademie vorgestellt.

Der Antrag der Fraktion Die Linke der Bezirksversammlung des Bezirks Altona, der Bezirk möge Mitglied von Transparency Deutschland werden, gab uns die Gelegenheit, unsere Ziele und Anregungen in Altona vorzustellen.

Gerd Leilich

RG NIEDERSACHSEN

Zum ersten Mal hat die Regionalgruppe Niedersachsen am 21. März 2009 ein eintägiges Einführungsseminar für den norddeutschen Raum durchgeführt. Unter der Federführung von Sieglinde Gauer-Lietz haben einige Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus Geschäftsstelle, Vorstand und Verein elf Interessierten die Arbeitsweise und das weite Arbeitsfeld von Transparency Deutschland näher gebracht. Trotz des engen Zeitplans war diese Form erfolgreich. Es haben sich nachhaltige Kontakte ergeben.

Weniger erfolgreich war der Versuch, in Niedersachsen endlich ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) zu etablieren. Auf Initiative der Fraktion Bündnis90/Die Grünen beschäftigte sich der Niedersächsische Landtag erneut mit der Tatsache, dass Niedersachsen als eines der letz-

ten Bundesländer über kein IFG verfügt. Gemeinsam mit der AG Transparenz in der Verwaltung – Informationsfreiheitsgesetz nahmen Mitglieder der Regionalgruppe im Mai an Informationsgesprächen der Fraktion teil. Es gelang, einen guten Entwurf auf den Weg zu bringen, der nach erster Anhörung in den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen verwiesen wurde. Auch dort wurde Transparency Deutschland gehört. Leider gelang es nicht, die Regierungskoalition von der Notwendigkeit zu überzeugen.

Auch konnte die Landesregierung bislang nicht davon überzeugt werden, ein zentrales Korruptionsregister in Niedersachsen einzuführen oder eine Initiative auf Bundesebene anzustoßen. Gespräche mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium blieben auch 2009 ohne Erfolg.

Im Rahmen der Umfrage anlässlich des Anti-Korruptionstages am 9. Dezember beteiligte sich die Regionalgruppe an der Ausführung und Auswertung zum Konjunkturpaket II (Näheres unter Arbeitsgruppe Kommunen im Mitgliederbereich der Website). Dieses Thema wird die Gruppe auch 2010 noch begleiten.

Dennis Schwarz

*Dr. Wolfgang Peters
Spender aus Werne
Informatiker*



„Korruption und ihre negativen Auswirkungen werden in der Gesellschaft bislang nicht ausreichend wahrgenommen. Deshalb unterstütze ich die Arbeit von Transparency International.“

RG MÜNCHEN

Die RG München traf sich 2009 einmal im Monat zu Arbeitstreffen oder Vortragsabenden. Es nahmen jeweils zehn bis zwanzig Mitglieder aus der Region sowie interessierte Gäste teil. Neben aktuellen Themen aus dem Vereinsleben und Berichten von nationalen und internationalen Transparency-Veranstaltungen standen auch Fachvorträge auf dem Programm: Dr. Sabine Stetter referierte im April zu „Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtliche Konsequenzen von Korruptionsaffären für Unternehmen“, im Juli war der Leiter der AG Hinweisgeber, Dr. Peter Hammacher, zu Gast für einen Themenabend „Whistleblowing“.

Gemeinsam mit der RG Baden-Württemberg hat die RG München im September an der bayerisch-baden-württembergischen Grenze in Ulm ein eintägiges Einführungsseminar für Interessierte und Neumitglieder veranstaltet, an dem 16 Personen teilnahmen.

Schwerpunkt der landespolitischen Arbeit der Gruppe war die bayerische „Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung“. Um herauszufinden, wie diese Richtlinie in den Behörden umgesetzt wird, hat die RG alle Fraktionen im Bayerischen Landtag mit der Bitte angeschrieben, diesbezügliche Anfragen an die Staatsregierung zu stellen. Die Antwort des Staatsministeriums des Innern auf eine Anfrage der Abgeordneten Susanna Tausendfreund (Bündnis90/Die Grünen) wurde als Drucksache des Landtags veröffentlicht. Außerdem ließ sich die Gruppe von der letztjährigen Aktion „Transparenzfragebogen für Kommunen“ der RG Sachsen inspirieren, hat den Fragebogen diskutiert und an bayerische Verhältnisse angepasst. Die Durchführung der Fragebogenaktion plant die Gruppe für das Jahr 2010.

Die RG war auch im Bildungsbereich aktiv. Henning Erbe und Erika Lorenz beteiligten sich wie schon in den Vorjahren an Projekttagen an Schulen, auf denen sie die Arbeit von Transparency International vorstellten und erklärten. Constanze Berendts diskutierte auf einer vom Studentischen Netzwerk für Wirtschafts- und Unternehmensethik („sneep“) organisierten Podiumsdiskussion mit Vertretern von Siemens, Novartis, dem EMB-Wertemanagement Bau und Studierenden über „Neue Wege der Korruptionsbekämpfung“. Auf dem Seminar „Wer regiert die Republik“ an der Georg-von-Vollmar-Akade-

mie Kochel stellte Constanze Berendts Transparency Deutschland und seine Positionen zum Lobbyismus vor. Lobbyismus war auch das Thema einer Diskussion mit Studierenden der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Mitglieder, die die Arbeit der Regionalgruppe tatkräftig und engagiert mitgetragen haben!

Constanze Berendts und Dr. Sabine Stetter

RG OSTWESTFALEN-LIPPE

Im Jahr 2009 lud die Regionalgruppe gemeinsam mit dem Euro-Business-College (EBC) Bielefeld zu einer Abendveranstaltung ein. Gastredner war am 9. Juni Uwe Bekemann, Korruptionsbeauftragter der Stadt Bielefeld, der das neue Anti-Korruptionskonzept der Stadt Bielefeld vorstellte.

Am 24. Juni 2009 nahm Harald Schlüter, Leiter der Regionalgruppe – auf Vermittlung von Transparency Deutschland – als Gastredner an der Podiumsdiskussion „Das Sommergespräch“ des Industrie- und Handelsclubs Paderborn und der Wirtschaftsjuvenen Paderborn zum Thema „Moral und Ethik in der Wirtschaft“ teil.

Dr. Harald Schlüter

RG RHEINLAND

Die Regionalgruppe hat im Jahre 2009 mehrere Treffen für alle Mitglieder und Interessierte aus der Region in Düsseldorf und Köln durchgeführt. Außerdem haben sich die aktiven Mitglieder zu bestimmten Themen und Projekten immer wieder getroffen.

Anlässlich der Kommunalwahl am 30. August 2009 in Nordrhein-Westfalen sind Wahlprüfsteine bei ausgewählten Großstädten, kreisangehörigen Gemeinden und Kreisen eingesetzt worden. Dabei ist deutlich erkennbar gewesen, dass sich Kommunen ernstlich nur dort mit dem Thema Korruption befassen wollen, wo es bereits entsprechende Affären gegeben hat bzw. die Staatsanwaltschaft in den Rathäusern tätig geworden ist. Aus anderen Kommunen sind überwiegend nur formelhafte

Rückmeldungen eingegangen. Allerdings stellt sich die Frage, ob angesichts des zahlreichen Einsatzes von Wahlprüfsteinen durch Transparency Deutschland und andere Organisationen nicht inzwischen eine gewisse Müdigkeit und Verdrossenheit der Adressaten eingetreten ist. Auch ist die Kommunikation der Ergebnisse insoweit unglücklich gelaufen, als sie zentral von der Geschäftsstelle vorgenommen worden ist. Das Interesse der überörtlichen Presse ist angesichts der lokalen Aussagen der Parteipolitiker gering gewesen.

Im Rahmen der Absicht von Transparency Deutschland, mittlere und kleine Unternehmen verstärkt zu sensibilisieren, hat die Region alle Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern (IHK) im Rheinland angeschrieben und ihnen angeboten, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen. Bislang haben Köln und Bonn, allerdings recht verhalten, reagiert. Erste Gespräche und Präsentationen sind erfolgt. Auch hier ist deutlich erkennbar, dass selbst die IHK Vorbehalte haben, sich mit unserem „unschönen“ Thema zu befassen. Die Region will sich verstärkt an die Fachhochschulen wenden, die Compliance bereits in das Ausbildungsprogramm aufgenommen haben.

Die Regionalgruppe hat sich auch an der bundesweiten Umfrage bei Kommunen zu ihren Erfahrungen mit dem Konjunkturpaket II beteiligt und zehn Kommunen in Nordrhein-Westfalen befragt.

In der Dezember-Sitzung haben die anwesenden Mitglieder Herrn Andreas Riegel für die nächsten drei Jahre zum Vorsitzenden gewählt.

Dr. Helmut Brocke und Andreas Riegel

RG RUHRGEBIET

Die Regionalgruppe Ruhrgebiet hat im Jahr 2009 einen Wechsel in der Leitung vollzogen. Dr. Jan Tibor Lelley hat die Leitung übernommen. Im Vorfeld der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen war die RG mit einer Wahlprüfstein-Aktion gegenüber den für die Kommunalparlamente kandidierenden Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten aktiv. Weiter führte die RG zusammen mit der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund am 9. Dezember 2009 eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Anti-Korruption ist Chefsache“ durch. Die Ver-

anstaltung war mit über hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Justiz, Wirtschaft und Verwaltung ein großer Erfolg. Daher soll u.a. die Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet im Jahr 2010 intensiviert werden.

Dr. Jan Tibor Lelley



Vortragsveranstaltung der RG Ruhrgebiet und der Industrie- und Handelskammer Dortmund anlässlich des weltweiten Antikorruptionstages am 9. Dezember 2009

RG SACHSEN

Am 24. Februar 2009 wurde mit den Antikorruptionsbeauftragten/-koordinatoren von fünf sächsischen Städten sowie der Stadt Halle der Transparenzfragebogen ausgewertet. In einigen Städten, insbesondere in Zwickau, gab es ein relativ großes Medienecho.

Eine erste Folgeveranstaltung zu dem Fachthema „Schwachstellenanalyse für die Verwaltung“ fand am 29. Oktober 2009 in Chemnitz statt. Weitere Themen und Treffen in etwa halbjährlichem Rhythmus wurden vereinbart.

Zu den Kommunalwahlen im Juli 2009 und Landtagswahlen Ende August 2009 wurden Wahlprüfsteine verabschiedet und an die Kandidierenden bzw. Parteien verschickt. Bei den Kommunalwahlen wurden die Spit-

zenkandidatinnen und -kandidaten (Listenplätze eins und zwei jeder Partei) in Leipzig, Dresden und Chemnitz angeschrieben. Aufgrund des Rücklaufs kann nunmehr einigermaßen verlässlich abgeschätzt werden, in welchen Städten für die Einführung bestimmter, in den Wahlprüfsteinen abgefragter Korruptionspräventions- und Transparenzinstrumente eine Chance auf Umsetzung in dem jeweiligen Stadtrat besteht.

Insgesamt fanden vier Regionalgruppentreffen statt.

Lothar Hermes

RG THÜRINGEN / SACHSEN-ANHALT

Das Jahr 2009 war für die Regionalgruppe ein erfolgreiches Jahr mit einer Vielzahl an interessanten Aktivitäten. Besonders hervorzuheben sind:

- › Kooperation mit der Erfurt School of Public Policy der Universität Erfurt: Bei dem gemeinsamen Seminar zum Thema Korruption im Sommersemester mit ca. vierzig internationalen Studierenden konnten wir als Regionalgruppe insgesamt bei drei Veranstaltungen Transparency Deutschland und unsere Arbeit vorstellen. Dies ist erfreulicherweise sehr gut angekommen. Für die Zukunft ist eine Fortführung dieser Kooperation geplant.
- › Filmpartnerschaft bei der Aktion Mensch: In Weimar und Jena waren wir jeweils Film- und Diskussionspartner für den brasilianischen Film „Manda Bala“. Vielen Dank an dieser Stelle an Maria Schröder für Ihr Engagement dabei!
- › Wahlprüfsteine Thüringer Landtagswahl: Unsere Thüringer Wahlprüfsteine wurden von CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Wählern beantwortet. Die Pressemeldung mit unserer Auswertung wurde von der Thüringer Allgemeinen, der Thüringer Landeszeitung und der Presseagentur DDP mit einigen weiteren daraus resultierenden Veröffentlichungen aufgegriffen. Ob Zufall oder nicht – mehrere der Äußerungen des neuen Justizministers lassen darauf schließen, dass einige unserer Forderungen mittlerweile auch Ziele der neuen Landesregierung sind. Der Dank gilt an dieser Stelle Sarah Blanck für die Unterstützung bei der Erstellung und Auswertung der Wahlprüfsteine!
- › Umfrage zum Konjunkturpaket II: Die Regional-

gruppe hat für Thüringen und Sachsen-Anhalt bei der deutschlandweiten Umfrage von Transparency über den Umgang von Kommunen mit Korruptionsrisiken beim Konjunkturpaket II teilgenommen (Näheres unter Arbeitsgruppe Kommunen im Mitgliederbereich der Website).

- › Daneben gab es noch weitere Aktivitäten wie verschiedene Vorträge bei Organisationen in der Region (z.B. bei der Evangelischen Studentengemeinde Halle) und Regionalgruppentreffen.

Am Ende des Jahres wurde Sebastian Händschke zum Leiter der Gruppe gewählt.

Jens Claussen und Sebastian Händschke

*Sarah Rubal
Neumitglied aus Rodgau
Studentin*



„Ich wünsche mir, dass übergreifende wirtschaftliche und politische Strukturen für Einzelpersonen leichter durchschaubar und verständlich werden, damit individuelle Entscheidungen auf der Basis unabhängiger Informationen gefällt werden können und Korruption in der Öffentlichkeit bekannt wird. Deswegen bin ich Mitglied bei Transparency Deutschland.“

BERICHT DES BEIRATS

Alle Mitglieder des Beirats von Transparency Deutschland stammen aus dem Dritten Sektor. Diese 2005 beschlossene Konzeption nahm eine Entwicklung vorweg, die inzwischen unübersehbar ist: Korruption im Sport, in sozialer Sicherung und Entwicklung, in Medien und Universitäten findet stärkere Aufmerksamkeit. Andere Bereiche des Dritten Sektors werden folgen. Der Beirat hilft Transparency Deutschland, sich diesem neuen Aspekt seiner Arbeit mittels der bewährten Methode der Koalitionsbildung mit Partnern aus den betroffenen Bereichen zu nähern.

Auf der letzten Sitzung des Beirates am 2. November wurde unter anderem der kompetente Umgang mit Interessenkonflikten im Dritten Sektor thematisiert. Die Beiratsmitglieder Prof. von Alemann (Dekan an der Universität Düsseldorf) und Frau Stolterfoht (ehem. Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) berichteten in Impulsreferaten über negative Beispiele wie gekaufte Dokortitel, Manipulationen von Forschungsergebnissen oder Unregelmäßigkeiten bei der Einwerbung von Spenden. In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass auf viele der geschilderten Vorkommen bereits heute angemessen reagiert werde: geschärftes Bewusstsein und Aufmerksamkeit für Auffälligkeiten, Verhaltenskodizes und andere Instrumente der Selbstverpflichtung.

Kaum Beachtung finden dagegen Fragen der unlauteren Einflussnahme auf einer höheren Ebene. Wenn beispielsweise Drittmittel im Wesentlichen für die Erforschung bestimmter Inhalte zur Verfügung gestellt werden, dann braucht man die Forschenden gar nicht mehr zu bestechen, um bestimmte Antworten zu erhalten. Ebenso nutzlos ist die Forderung nach einem sauberen Abstimmungsverhalten in einflussreichen Gremien, wenn die Besetzung dieser Gremien deren Entscheidungsverhalten schon vorbestimmt hat.

Einig war man sich, dass Transparenz in jedem Fall ein Schlüssel für den fairen Ausgleich von Interessen ist – auch und insbesondere im Dritten Sektor, wo der Gesetzgeber nur sehr geringe Offenlegungspflichten vorschreibt. Vor diesem Hintergrund wurde die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Im Rahmen dieser Initiative wird Transparency Deutschland gemeinsam mit anderen ge-

meinnützigen Organisationen den Sektor dazu aufrufen, sich zur Offenlegung der folgenden Informationen zu verpflichten: Welche Ziele verfolgt die Organisation? Woher stammen die Mittel? Wie werden sie verwendet und wer sind die relevanten Entscheidungsträger?

Ein weiteres Thema war der Datenskandal bei der Deutschen Bahn. Beiratsmitglied Gerhart Baum referierte, wie die Daten von zehntausenden Mitarbeitern unter dem Deckmantel der Korruptionsbekämpfung abgeglichen wurden. Neben der Abwägung von Datenschutz und Korruptionsprävention wurde auch diskutiert, ob unternehmensinterne Kontrollgremien mittlerweile mit so viel mehr Ressourcen ausgestattet sind als die öffentlichen Strafverfolgungsbehörden, dass hier ein Graubereich der Justiz entsteht.

Karenina Schröder

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Im Jahr 2009 hat Transparency Deutschland 38 Pressemitteilungen versandt, nach 26 Pressemitteilungen im Vorjahr. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurden am 17. November 2009 die Ergebnisse des Korruptionswahrnehmungsindex vorgestellt; am 23. September 2009 wurde im Rahmen eines Pressegespräches der Global Corruption Report 2009 mit dem Themenschwerpunkt Privatwirtschaft präsentiert.

Die Messung der Erwähnung von Transparency in Print- und Onlinemedien hat zu 1.130 Treffern geführt (Vorjahr: über 850). Durchschnittlich gab es 99.329 Besuche der Website pro Monat (Vorjahr: 63.957). Der Erfolg der externen Variante des Newsletters konnte fortgesetzt werden. Im Dezember 2009 abonnierten 2.190 Personen den Newsletter, gegenüber 1.230 Abonnenten im Dezember 2008. Im September hat Transparency angefangen, Schlagzeilen und aktuelle Nachrichten zu twittern. Zum Ende des Jahres konnten wir bereits 105 Follower zählen.



AG SCHEINWERFER

„Gratulation zum Scheinwerfer. Hier lese ich viele brauchbare und informative Beiträge.“

(Dr. Thomas Leif, Journalist und Buchautor, Chefreporter Fernsehen des Südwestrundfunks, erster Vorsitzender des Netzwerk Recherche e.V.)

Der Scheinwerfer, die Mitgliederzeitschrift von Transparency Deutschland, konnte auch im vergangenen Jahr wieder mit vier Ausgaben erscheinen und dabei mit folgenden Themen-Schwerpunkten aufwarten: „Strafverfolgung“ (Nr. 42, verantwortlich Dr. Anke Martiny), „Europa“ (Nr. 43, Ricarda Bauch) sowie „Hinweisgeber“ (Nr. 44, Dr. Peter Hammacher). Die vierte Ausgabe erschien im Oktober, kurz nach der Bundestagswahl, und fasste in ihrem Schwerpunkt unter wertvoller Mitarbeit von zehn Arbeitsgruppen-Leitenden zusammen, was Transparency Deutschland in puncto Korruptionsbekämpfung von der neu gewählten Bundesregierung an Maßnahmen einfordert. „17. Legislaturperiode – Hoffen auf eine Koalition gegen Korruption“ lautete der Titel der Nummer 45, die von Ricarda Bauch und Dr. Christian Humborg konzipiert wurde. Eine Resonanz darauf war allerdings nicht zu verzeichnen – weder in Form einer persönlichen Reaktion der ausgewählten Abgeordneten, an die der Scheinwerfer noch vor Abschluss des Koalitionsvertrages geschickt worden war, noch im Text des Koalitionsvertrages selbst.

Umso erfreulicher der stetig wachsende Zulauf, den der Scheinwerfer von den Leserinnen und Lesern erhält. Deren Zahl hat sich, wie schon im Vorjahr, erneut um 17 Prozent gesteigert und ist auf mittlerweile 1.723 angewachsen.

Auch in der Redaktion gab es erfreulichen Zuwachs. Eine Reihe junger Leute nahm die Gelegenheit wahr, sich über ihr Praktikum im Berliner Büro hinaus bei Transparency Deutschland zu engagieren, indem sie sich als Text-Autorinnen und -Autoren am Scheinwerfer beteiligten. Dazu gehörten Günay Özdemir, Esther Pieterse und Maria Schröder sowie der Mitarbeiter im Büro Jörg Mühlbach. Robert Fröhlich zählt seit 2009 zum festen Mitarbeiterstamm des Redaktionsteams, das sich durch Kontinuität auszeichnet: Anja Schöne verantwortet die Rubrik „Berichte und Nachrichten“, bei der sie von Marianne Pundt tatkräftig unterstützt wird, die zugleich für die Rubrik „Porträt“ zuständig ist. Dr. Heike Mayer betreut die „Interna“, an denen außerdem Ricarda Bauch und Andrea Priebe mitarbeiten. Dr. Christian Humborg ist mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle für die Rezensionen zuständig. Dr. Anke Martiny ist Verantwortliche im Vorstand, Heike Mayer leitet die Redaktion und gestaltet das Layout.

An dieser Stelle wieder ein herzliches Dankeschön an die externen Autorinnen und Autoren, die den Scheinwerfer durch ihre Beiträge bereichert haben, ohne etwas dafür zu verlangen. Dank auch an die Leserinnen und Leser, die uns durch Ermunterung, Lob, kritische Bemerkungen oder konstruktive Vorschläge für uns sehr wichtige Rückmeldungen gegeben haben.

Dr. Heike Mayer



GESCHÄFTSSTELLE



„Korruption nützt Einzelnen auf Kosten der ganzen Gesellschaft. Sich gemeinschaftlich dagegen stark zu machen und aktiv für Veränderungen einzutreten, dafür steht Transparency.“

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer

In der Geschäftsstelle waren neben dem Geschäftsführer Christian Humborg im Jahr 2009 Ricarda Bauch, Sylvia Hänchen und Jörg Mühlbach tätig. Für die Betreuung des Computernetzwerks ist der Student Alexander Pepper mit einigen Stunden pro Monat verantwortlich. Im Verlauf des Jahres wurde die Geschäftsstelle fortlaufend durch zwei Praktikanten unterstützt, die jeweils ein sechsmonatiges Vollzeitpraktikum absolvieren. Im Jahr 2009 waren Esther Pieterse, Günay Özdemir, Robert Fröhlich, Sarah Hostmann, Merle Rutz und Nicolai Nagler als Praktikantinnen und Praktikanten beschäftigt. Bei einem Treffen der ehemaligen Praktikantinnen und Praktikanten am 11. September 2009 in der Geschäftsstelle konnten alte Kontakte aufgefrischt und Neues über Transparency ausgetauscht werden. Die Geschäftsstelle unterstützen als Buchhalter Folkard Wohlgemuth und als Webmaster Martin Löhe.

Mit der Unterzeichnung der INGO-Accountability Charter hat sich Transparency verpflichtet, im Jahresbericht über die Umweltauswirkungen der Tätigkeit Bericht zu erstatten. Im Jahr 2009 wurde durch den Stromverbrauch sowie die Reisen der Geschäftsstelle ein CO₂-Ausstoß von rund 20,9 t (Vorjahr: rund 19,7 t) verursacht. Für die Berechnung des Ausstoßes wurde der CO₂-Rechner von www.klimAktiv.de genutzt, dessen Erstellung durch das Umweltbundesamt fachlich unterstützt worden ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle nutzen auf dem Weg zur Arbeit das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel.



Das Geschäftsstellenteam am 09.11.2009, 20 Jahre nach dem Mauerfall: (v.l.) Jörg Mühlbach (geb. in Sachsen), Merle Rutz (geb. in Hessen), Sylvia Hänchen (geb. in Sachsen), Nicolai Nagler (geb. in Hamburg), Ricarda Bauch (geb. in Brandenburg), Christian Humborg (geb. in Nordrhein-Westfalen)

AG FUNDRAISING

Wichtigstes Thema dieses Jahres war die Vorbereitung der Gründung einer Stiftung. Ziel ist die Schaffung einer nicht selbständigen Treuhandstiftung, um Zugang zu weiteren Mitteln zu erhalten, die von Spendenden mit der ausdrücklichen Absicht der nachhaltigen Förderung der Ziele von Transparency Deutschland zur Verfügung gestellt werden.



Der Verein hat im Januar eine hohe Geldauflage erhalten. Es kann vermutet werden, dass die Bereitschaft zum Spenden in diesem Jahr nicht so hoch war, da die Finanzierung bereits so früh sichergestellt war. Durch die konsequente Mitglieder- und Interessentenansprache auf Förderung bzw. Spenden konnten die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr jedoch trotzdem konstant gehalten werden. So waren die beiden Spendenaufrufe im Sommer und in der Vorweihnachtszeit sehr erfolgreich.

Gerd Leilich

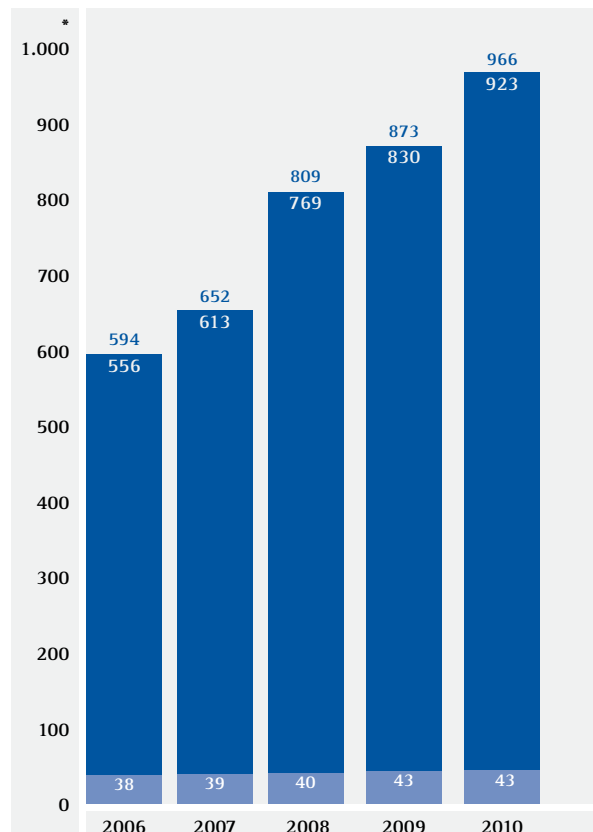
MITGLIEDER UND FINANZEN

MITGLIEDER UND FÖRDERER

Im Jahr 2009 konnten 135 neue Mitglieder begrüßt werden (Vorjahr 123). 42 Mitglieder kündigten im Laufe des Jahres ihre Mitgliedschaft (Vorjahr 43). Die Gesamtzahl der Mitglieder zum 01. Januar 2010 lag damit bei 923 Einzelmitgliedern (2008: 830). Das entspricht einem Nettozuwachs von 93 Einzelmitgliedern (Vorjahr 61). Die Anzahl der korporativen Mitglieder blieb bei 43. Darunter befinden sich 7 Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

Auch die Anzahl der Personen, die Transparency Deutschland durch eine regelmäßige Spende unterstützen, ist deutlich angestiegen. Zum Jahresende waren 119 Fördererinnen und Förderer zu verzeichnen (Vorjahr 101). Bei der Hälfte der Fördererinnen und Förderer handelt es sich um Mitglieder, die zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag einen regelmäßigen Betrag zahlen.

Mitgliederentwicklung im Jahresvergleich



* Anzahl der Mitglieder zum 1. Januar

■ Individuelle Mitglieder
■ Korporative Mitglieder

EINNAHMEN

Die Einnahmen haben sich mit 489.936 Euro im Vergleich zum Vorjahr (254.353 Euro) fast verdoppelt. Die außerordentlich hohe Steigerung ist auf ein Bußgeld in Höhe von 200.000 Euro zurückzuführen, das Transparency Deutschland von der Bundesstaatsanwaltschaft der Schweiz zugewiesen worden ist. Doch auch ohne das Bußgeld kann der Verein auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Einnahmensteigerung ohne das Bußgeld betrug 12 %. Im Folgenden werden die wichtigsten Einnahmepositionen erläutert. Die Beträge der einzelnen Einnahmepositionen können der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden.

Mitgliedsbeiträge

Die Mitgliedsbeiträge von Einzelmitgliedern stiegen um 4 % auf 62.830 Euro (Vorjahr: 60.291 Euro). Die Beiträge von korporativen Mitgliedern erhöhten sich um 15 % auf 101.900 Euro (Vorjahr: 88.400 Euro).

Spenden und Förderbeiträge

Die Spenden und Förderbeiträge lagen 2009 bei 69.379 Euro und sind damit um 3 % zurückgegangen (Vorjahr: 71.438 Euro). Der leichte Rückgang kann damit zusammenhängen, dass das hohe Bußgeld aus der Schweiz bereits im Januar eingegangen ist. Während sich im Jahr 2008 die Einnahmensituation des Vereins erst zum Jahresende entspannte, war 2009 bereits im Januar klar, dass ein außerordentlich hoher Überschuss erzielt werden würde.

Förderbeiträge

Förderbeiträge, also regelmäßige Spenden, sind für die langfristige Planbarkeit besonders wichtig. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Förderbeiträge um 9 % auf 21.895 Euro stiegen (Vorjahr: 20.164 Euro).

Geldauflagen

Die Zuweisungen von Geldauflagen von Gerichten und Staatsanwaltschaften stiegen auf 238.625 Euro. Die größte Position machten dabei die von der Bundesstaatsanwaltschaft der Schweiz zugewiesenen 200.000 Euro aus. Im Vorjahr konnten 21.000 Euro an Geldauflagen verzeichnet werden.

Honorare

Auch die Einnahmen aus Honoraren sind 2009 erneut angestiegen. Der Betrag erhöhte sich auf 6.254 Euro (Vorjahr: 5.237 Euro). Bei dieser Position handelt es sich um Honorare, die gezahlt worden sind, wenn Mitglieder von Transparency Deutschland auf Veranstaltungen oder Tagungen Vorträge gehalten haben. Allen ehrenamtlich arbeitenden Referentinnen und Referenten sei herzlich für ihr Engagement gedankt.

Zinserträge

Obwohl das Zinsniveau im letzten Jahr stark gefallen ist, blieb diese Einnahmeposition relativ konstant bei 5.779 Euro (Vorjahr 5.923 Euro). Das ist auf die Zinseinnahmen durch das Bußgeld aus der Schweiz zu begründen, welches auf einem Sparkonto angelegt worden ist.

RÜCKLAGEN

Zum 31. Dezember 2009 wurde die Betriebsmittelrücklage in Höhe von 55.336 Euro aufgelöst. Mit Vorstandsbeschluss vom 24. April 2010 wurde eine neue Betriebsmittelrücklage in Höhe von 65.000 Euro gebildet. Ebenfalls mit Vorstandsbeschluss vom 24. April 2010 wurde die freie Rücklage durch Zuführung von 49.200 Euro zum 31. Dezember 2009 auf 150.355 Euro erhöht.

AUSGABEN

Die Ausgaben sind um 12 % auf 267.942 Euro gestiegen (Vorjahr: 238.850 Euro).

Die größte Ausgabenposition ist der Personalaufwand, der sich um 6 % auf 157.213 Euro (Vorjahr: 147.879 Euro) erhöht hat. Personalausgaben fallen in der Geschäftsstelle für den Geschäftsführer, drei Mitarbeiter, einen Netzwerkadministrator sowie zwei Praktikanten an. Die Mitglieder des Vorstands und des Beirats sowie die Leiter der Arbeits- und Regionalgruppen sind ehrenamtlich tätig und erhalten vom Verein keine Bezüge.

Die Reise- und Veranstaltungskosten stiegen auf 46.829 Euro (Vorjahr: 38.228 Euro). Die meisten Kosten sind für das Führungskreistreffen in Eisenach, die Mitgliederversammlung in Frankfurt und die vier Vorstandssitzungen angefallen. Der Anstieg kommt dadurch zustande, dass 2009 zusätzliche Veranstaltungen organisiert worden sind, wie z. B. das Treffen von Transparency Deutschland, Österreich und Schweiz in Berlin.

Auch die Kosten für Bürobedarf, Kommunikation und Literatur sind gestiegen. Sie betragen 29.052 Euro (Vorjahr: 19.218 Euro). Der Anstieg ist vor allem auf gestiegene Druck- und Layoutkosten zurückzuführen.

In der Position sonstige Aufwendungen (2.722 Euro) sind die Positionen Nebenkosten des Geldverkehrs, Periodenfremde Aufwendungen und Forderungsverluste enthalten. Diese Positionen wurden 2008 unter Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Position 9) sowie Außerordentliche Aufwendungen/Erträge (Position 11) ausgewiesen. Die Änderung der Positionen, in denen diese Ausgaben ausgewiesen werden, trägt zum besseren Verständnis bei und wurde in Absprache mit dem Wirtschaftsprüfer vorgenommen.

ERGEBNIS

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen entsteht ein Jahresergebnis von 221.773 Euro (2008: 19.805 Euro). Nach Bildung der Rücklagen verbleibt ein Bilanzergebnis von 167.596 Euro (2008: 4.687 Euro).

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Beträge auf volle Euro gerundet, 01.01.2009 bis 31.12.2009 bzw. 01.01.2008 bis 31.12.2008

	2009	2008
A Erträge		
1. Mitgliedsbeiträge und Spenden	234.109	220.129
Mitgliedsbeiträge Einzelmitglieder	62.830	60.291
Mitgliedsbeiträge Firmenmitglieder	101.900	88.400
Förderbeiträge Firmen	8.550	8.600
Förderbeiträge Individuen	13.345	11.564
Spenden Einzelmitglieder	17.848	20.796
Spenden Firmenmitglieder	2.000	500
Spenden Nichtmitglieder	12.286	14.278
Spenden Firmen Nichtmitglieder	15.350	15.700
2. Bußgelder	238.625	21.000
3. Erlöse aus Veranstaltungen und Vorträgen	9.349	8.353
Honorare (erhalten)	6.254	5.237
Veranstaltungseinnahmen	3.095	3.117
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.853	4.871
Summe Erträge	483.936	254.353
B Aufwand		
5. Personalaufwand	-157.213	-147.879
Löhne / Gehälter	-129.042	-122.557
Sozialaufwand	-28.171	-25.322
6. Abschreibungen	-2.360	-2.799
7. sonstiger betrieblicher Aufwand	-108.368	-88.172
Reisekosten	-27.273	-21.560
Bürobedarf, Kommunikation, Literatur	-29.052	-19.218
Veranstaltungskosten	-19.555	-16.668
Raumkosten	-14.093	-12.444
Buchführungs-/Prüfungskosten	-11.806	-11.544
Werbe- und Repräsentationskosten	-1.128	-1.643
Instandhaltung / Anschaffungen	-909	-1.359
Beiträge und Versicherungen	-1.142	-1.305
Rechts- und Beratungskosten	-537	-1.245
Honorare (gezahlt)	-150	-1.185
Sonstige Aufwendungen	-2.722	0
Summe Aufwand	-267.942	-238.850
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.779	5.923
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-681
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	221.773	20.746
11. Außerordentliche Aufwendungen / Erträge	0	-941
12. Jahresergebnis	221.773	19.805
13. Gewinnvortrag	4.687	6.106
14. Entnahmen aus den Rücklagen	55.336	60.199
15. Einstellung in die Rücklagen	-114.200	-81.424
16. Bilanzergebnis	167.596	4.687

BILANZ

Beträge auf volle Euro gerundet, zum 31.12.2009 bzw. zum 31.12.2008

	2009	2008
AKTIVSEITE		
A Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.871	4.687
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0
B Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen	5.940	1.050
2. sonstige Vermögensgegenstände	1.863	2.068
	7.803	3.118
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	383.613	164.858
Summe Aktiva	394.286	172.663
PASSIVSEITE		
A Eigenkapital		
I. Rücklagen		
1. Betriebsmittelrücklage	65.000	55.336
2. freie Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO	150.355	101.155
	215.355	156.492
II. Bilanzgewinn	167.596	4.687
B Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	10.521	9.747
C Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	813,61	1.738
» davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
Euro 813,61 (Euro 1737,86)		
Summe Passiva	394.286	172.663

PRÜFUNG

Transparency Deutschland lässt seine Vereinsfinanzen freiwillig prüfen. Die Prüfung erfolgte im Februar 2010 durch Bernhard Hoffmann, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Berlin. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Demnach wurde die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen und die Prüfung hat insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt.

EINNAHMEN ÜBER 1.000 EURO

Namen der Personen, Organisationen oder Unternehmen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2009 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen und Projektbeiträgen zugewendet haben. Für ihre Unterstützung sei gedankt:

EINZELPERSONEN:

Jan-Hendrik Dohrmann	1.080 Euro	Spende
Prof. Dr. Peter Eigen	5.080 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
Dr. Georg Fischer	1.080 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
Dr. Peter Fries	1.700 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
Winfried Gaussemann	2.080 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
Gabriele Geier	3.369 Euro	Spende
Folkard Wohlgemuth	1.086 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend

UNTERNEHMEN, ORGANISATIONEN, KOMMUNEN:

ABB AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Allianz SE	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Axel Schäfer Personal- und Organisationsentwicklung	1.050 Euro	Spende
BASF SE	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Berliner Volksbank	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Bundesagentur für Arbeit (BA)	4.500 Euro	Mitgliedsbeitrag
Business Keeper AG	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Control Risks Deutschland GmbH	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Daimler AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH)	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
DekaBank Deutsche Girozentrale	2.000 Euro	Spende
Deloitte & Touche GmbH	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Bahn AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Lufthansa AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Digital Spirit GmbH	1.000 Euro	Spende
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Dresdner Bank AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Fraport AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
GFA Consulting Group GmbH	2.500 Euro	Mitgliedsbeitrag
GOPA mbH	2.500 Euro	Mitgliedsbeitrag
Graf Software GmbH	1.000 Euro	Spende
GTech GmbH	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
GTZ GmbH	2.800 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
HELIOS Kliniken GmbH	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
HOCHTIEF AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Informa Deutschland SE	1.000 Euro	Spende
KfW Bankengruppe	2.750 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
Klöckner & Co SE	5.000 Euro	Spende
KUGLER MAAG CIE GmbH	2.500 Euro	Mitgliedsbeitrag
MANAGEMENT CIRCLE AG	1.000 Euro	Spende
MBI Maschinenbau Institut GmbH	1.000 Euro	Spende
Michael Koch GmbH	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Pfalzkrankenhaus AdÖR	2.500 Euro	Mitgliedsbeitrag
PricewaterhouseCoopers AG	7.000 Euro	Mitgliedsbeitrag und Spend
ROBERT BOSCH GmbH	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
SAP AG	5.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Stadt Bonn	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Stadt Halle (Saale)	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Stadt Hilden	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag
Stadtwerke Bonn GmbH	1.500 Euro	Mitgliedsbeitrag
ThyssenKrupp AG	5.000 Euro	Spende
Vivico Real Estate GmbH	1.000 Euro	Mitgliedsbeitrag

ZEITTADEL

23.01.2009	Forum der korporativen Mitglieder in Stuttgart
06.02.2009	Vorstandssitzung in Berlin
06. bis 08.03.2009	Treffen des Führungskreises in Eisenach
07.03.2009	Vorstandssitzung in Eisenach
07.03.2009	Führungskreistraining in Eisenach
21.03.2009	Einführungsseminar in Hannover
25.04.2009	Vorstandssitzung in Stuttgart
15. bis 17.06.2009	Regionaltreffen Europa und Zentralasien in Ohrid/Mazedonien
10.07.2009	Vorstandssitzung in Frankfurt am Main
11.07.2009	Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main
19.09.2009	Einführungsseminar in Berlin
23.09.2009	Vorstellung des Global Corruption Report 2009 in Berlin
26.09.2009	Einführungsseminar in Ulm
30.09.2009	Vorstandssitzung in Berlin
14. 10.2009	Treffen der Vorstände von Transparency Deutschland, Österreich und der Schweiz in Berlin
15.10.2009	Regionaltreffen Europa und Zentralasien in Berlin
17./18.10.2009	Internationale Generalversammlung in Berlin
02.11.2009	Sitzung des Beirats in Berlin
10.11.2009	Forum der korporativen Mitglieder in Berlin
14./15.11.2009	Aktiventraining in Berlin
17.11.2009	Vorstellung des Corruption Perceptions Index 2009 in Berlin

Neben den oben aufgeführten Veranstaltungen haben Vertreterinnen und Vertreter von Transparency Deutschland im Jahr 2009 über 130 Vorträge rund um das Thema Korruptionsprävention und -bekämpfung gehalten.

ANHANG

Vorstand (Stand 31.12.2009)

- › Sylvia Schenk (Vorsitzende)
Rechtsanwältin, Stadträtin a.D., Frankfurt am Main
- › Dr. Peter von Blomberg (Stellvertretender Vorsitzender)
Ehem. Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherungs AG, Köln
- › Dr. Hedda von Wedel (Stellvertretende Vorsitzende)
Staatssekretärin a. D., Präsidentin des Bundesrechnungshofes a. D.,
Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a.D., Andernach
- › Jochen Bäumel
Journalist, Korrespondent der ARD a.D., Berlin
- › Gabriele C. Klug
Beigeordnete, Leitende Ministerialrätin a. D., Wesel am Niederrhein
- › Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten
Rechtsanwalt, Berlin
- › Dr. Anke Martiny
Senatorin a.D., Publizistin, Berlin
- › Karenina Schröder
Kunsthistorikerin/ MBA, Berlin
- › Dr. Angela Spelsberg
Ärztin und Epidemiologin, Münster
- › Caspar von Hauenschild
Berater von Unternehmen, München
- › Dr. Sebastian Wolf
Politikwissenschaftler, Konstanz

Ethikbeauftragter (Stand 31.12.2009)

- › Dr. Michael H. Wiehen
Ehem. Weltbankdirektor und Rechtsanwalt, München

Beirat (Stand 31.12.2009)

- › Prof. Dr. Hansjörg Elshorst (Beiratsvorsitzender)
Ehem. Geschäftsführer Transparency International,
chem. Vorsitzender Transparency Deutschland,
Honorarprofessor an der Universität Potsdam
- › Prof. Dr. Elmar Altvater
Emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut
der FU Berlin, Berlin
- › Gerhart Rudolf Baum
Bundestagsabgeordneter a.D. (FDP), Bundesinnenminister a.D., Köln
- › Marianne Birthler
Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR, Bildungsministerin in Brandenburg a.D.,
Berlin
- › Prof. Dr. Georg Cremer
Generalsekretär Deutscher Caritasverband e.V., Merzhausen
- › Freimut Duve
Beauftragter für Freiheit der Medien der Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) a.D., Hamburg
- › Prof. Dr. jur. Peter Eigen
Gründer und ehem. Vorsitzender von Transparency International,
Vorsitzender des Beirats von Transparency International, Berlin
- › Dietmar Hexel
Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin
- › Dr. Thomas Leif
Journalist und Buchautor, Chefreporter Fernsehen
des Südwestrundfunks, erster Vorsitzender des Netzwerk
Recherche e.V., Wiesbaden

- › Hans Leyendecker
Journalist und Buchautor, Leichlingen
- › Margret Mönig-Raane
Stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-
Krankenkassen (VdAK) e.V., stellvertretende Vorsitzende Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin
- › Prof. Dr. Edda Müller
Honorarprofessorin an der Verwaltungshochschule Speyer, ehem.
Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband, Berlin
- › Dr. Michaele Schreyer
Vizepräsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland,
Kommissarin für Haushalt der Europäischen Union a.D., Berlin
- › Barbara Stolterfoht
Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung in Hessen a.D.,
ehem. Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrts-
verbandes (DPWV), Berlin
- › Rupert Graf Strachwitz
Direktor des Maecenata-Instituts für Philanthropie und
Zivilgesellschaft, Berlin
- › Prof. Dr. phil. Ulrich von Alemann
Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-
Universität Düsseldorf, Düsseldorf
- › Dr. Konrad von Bonin
Ehem. Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), Künzell
- › Prof. Dr. Axel von Werder
Professor an der Technischen Universität Berlin, Leiter des Berlin
Center of Corporate Governance, Berlin

Arbeitsgruppenleiter/innen (Stand: 31.12.2009)

- › Jochen Bäumel
Berliner Verwaltung und Politik
- › Dr. Max Dehmel
Internationale Konventionen
- › Dr. Peter Fries
Strafverfolgung
- › Dr. Peter Hammacher
Hinweisgeber
- › Uwe Henrich
Staatliche Entwicklungszusammenarbeit
- › Dieter Hüsgen
Transparenz in der Verwaltung - Informationsfreiheitsgesetz/
Norddeutschland
- › Walter Küblbeck
Kommunen
- › Thomas Maibaum
Zentralregister/ Vergabewesen
- › Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten
Transparenz in den Medien
- › Dr. Heike Mayer
Transparenz in der Verwaltung - Informationsfreiheitsgesetz/
Süddeutschland
- › Dr. Andreas Novak
Wirtschaft
- › Dr. Angela Spelsberg
Gesundheit

- › Marion Stein
Politik
- › Reinold E. Thiel
Nicht-Staatliche Entwicklungszusammenarbeit
- › Shirley van Buiren
Corporate Accountability/ Monitoring OECD-Leitsätze für
Multinationale Unternehmen
- › Caspar von Hauenschild
Finanzmarkt
- › Dr. Michael H. Wiehen
Integritätspakt
- › Folkard Wohlgemuth
Transparenz im Gemeinnützigen Sektor

Regionalgruppenleiter/innen (Stand: 31.12.2009)

- › Constanze Berendts/ Dr. Sabine Stetter
Regionalgruppe München
- › Prof. Dr. Rainer Dombois/ Dr. Kirsten Schubert
Regionalgruppe Bremen
- › Dr. Peter Hammacher
Regionalgruppe Baden-Württemberg
- › Lothar Hermes
Regionalgruppe Sachsen
- › Sebastian Händschke
Regionalgruppe Thüringen/ Sachsen-Anhalt
- › Gerd Leilich
Regionalgruppe Hamburg/ Schleswig-Holstein
- › Dr. Jan Tibor Lelley
Regionalgruppe Ruhrgebiet
- › Andreas Riegel
Regionalgruppe Rheinland
- › Dr. Harald Schlüter
Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe
- › Dennis Schwarz
Regionalgruppe Niedersachsen
- › Adelheid Tröscher
Regionalgruppe Frankfurt-Rhein-Main
- › Dr. Astrid Wokalek
Regionalgruppe Berlin/ Brandenburg

Korporative Mitglieder (Stand: 31.12.2009)

- › ABB AG, Mannheim
- › akzente Kommunikation und Beratung GmbH, München
- › Allianz SE, München
- › BASF SE, Ludwigshafen
- › Berliner Volksbank eG, Berlin
- › Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg
- › Business Keeper AG, Potsdam
- › Control Risks Deutschland GmbH, Berlin
- › Daimler AG, Stuttgart
- › Deloitte & Touche GmbH, Berlin
- › Deutsche Bahn AG, Berlin
- › Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), Köln
- › Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt/Main
- › Dr. Buchert Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main
- › Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG, Hamburg

- › Fraport AG, Frankfurt/Main
- › GFA Consulting Group GmbH, Hamburg
- › GOPA mbH, Bad Homburg
- › GTECH GmbH, Frankfurt/Main
- › GTZ GmbH (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit),
Eschborg
- › HELIOS Kliniken GmbH, Berlin
- › HOCHTIEF AG, Essen
- › Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel
- › KfW Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau),
Frankfurt/Main
- › KUGLER MAAG CIE GmbH
- › Michael Koch GmbH, Ubstadt-Weiher
- › Ochsenfeld Rechtsanwälte, Hildesheim
- › Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR, Klingenmünster
- › PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Frankfurt/Main
- › Robert Bosch GmbH, Stuttgart
- › SAP AG, Walldorf
- › Stadt Bonn
- › Stadt Halle (Saale)
- › Stadt Hilden
- › Stadtwerke Bonn GmbH, Bonn
- › Stiftung Evolutionsfonds Apfelbaum, Köln
- › Vivico Real Estate GmbH, Frankfurt/Main
- › Wirtschaftsgilde e.V., Weinheim

Korporative Mitglieder auf Gegenseitigkeit (Stand 31.12.2009)

- › BGA (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels),
Bonn/Berlin
- › Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V.
(DNWE), Zittau
- › European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN),
Brüssel
- › Global Cooperation Council (Nord-Süd-Forum) e.V., Bonn
- › ICC Deutschland, Köln
- › Nord Süd Forum München e.V., München
- › Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

IMPRESSUM

Transparency International Deutschland e.V.

Alte Schönhauser Str. 44

10119 Berlin

Tel: 030 - 54 98 98 - 0

Fax: 030 - 54 98 98 - 22

office@transparency.de

www.transparency.de

ISBN 978-3-9812154-9-6

Fotonachweis:

Titelseite: fotolia.com (Tennisball: Adamatic, Blutdruck und Baustelle: Gina Sanders, Uhr: Peter 38)

Seite 3, 9, 11, 12, 15, 17, 21, 24: privat

Seite 13: Andrea Figari

Seite 23: Dr. Uwe Oppel

Seite 28 oben: Christian Laukemper

Innenteil: soweit nicht anders angegeben Transparency International Deutschland e.V.

Gestaltung:

Uta Oettel, Berlin

Papier: Optisilk, PEFC zertifiziertes Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft

Druck und Bindung: Druckpunkt Druckerei und Repro GmbH, Berlin

Korruptionsprävention braucht Ihre Unterstützung!

Die Mitglieder von Transparency Deutschland engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für die Bekämpfung von Korruption in Deutschland. Sie bringen Ihr Fachwissen, Ihre Zeit und auch finanzielle Ressourcen ein. In thematischen Arbeitsgruppen setzen Sie sich gegen Korruption im Gesundheitswesen, der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung ein. In Regionalgruppen machen Sie sich für Transparenz vor Ort stark. Mit Hilfe von Vorträgen, öffentlichen Diskussionen, Stellungnahmen in der Presse, Vertretungen bei Gesetzesanhörungen oder durch Publikationen leisten die ehrenamtlichen Mitglieder von Transparency Deutschland den wesentlichen Teil unserer Arbeit und stoßen dabei oft auf Widerstände.

Um weiterhin so erfolgreich arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf Ihre Unterstützung angewiesen.

So können Sie aktiv werden:

Förderbeitrag

Regelmäßige Förderbeiträge geben uns eine hohe Planungssicherheit und stärken unsere Unabhängigkeit. Wir informieren Sie regelmäßig über unsere Arbeit.

Spende

Einzelne Spenden ermöglichen es uns, Projekte durchzuführen, die sonst nicht möglich wären.

Mitglied

Als Mitglied bringen Sie sich aktiv ein, zum Beispiel in einer unserer Regionalgruppen oder für Schwerpunktthemen wie Wirtschaft, Politik, Sport und Gesundheitswesen.

Es ist überaus erfreulich, dass die Gesamteinnahmen unserer Organisation gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, auch durch die zahlreichen Spenderinnen und Spender. Wir bedanken uns bei allen, die die Bekämpfung der Korruption finanziell unterstützt haben!

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer

Ja, ich möchte Transparency International Deutschland e.V. unterstützen

- durch eine Spende von Euro
- als Förderer mit einem Beitrag von Euro monatlich/jährlich
- Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial

- Frau Herr

Titel: _____
Vorname: _____
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
E-Mail: _____



Meine Spende/mein Förderbeitrag kann
– widerruflich – im Lastschriftverfahren von
folgendem Konto abgebucht werden:

Geldinstitut: _____
Konto-Nr.: _____
Ort/Datum: _____
Unterschrift: _____

Spenden und Förderbeiträge können steuerlich
geltend gemacht werden. Eine Spendenbescheinigung
wird Ihnen unaufgefordert zugesendet.



Transparency International Deutschland e.V.
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Straße 44
10119 Berlin

Telefon: 030-54 98 98-0
Telefax: 030-54 98 98-22
office@transparency.de
www.transparency.de